

Dresden braucht  
mehr Grün!

[www.gruen-tut-gut.de](http://www.gruen-tut-gut.de)

PROGRAMM ZUR  
KOMMUNALWAHL 2009



Hg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Dresden, © Jochen Lang, www.kvdfk.de

---

# Inhalt

1. Für ein lebenswertes Dresden: aktiver Klima- und Umweltschutz	4
2. Wirtschaftstadt Dresden: Perspektiven für Wirtschaft und Arbeitsplätze	6
3. Stadtentwicklung: Die grüne Stadt wird boomen	8
4. Mobilität für alle statt mehr Verkehr	11
5. Die beste Bildung für Dresdner Kinder und Jugendliche	12
6. Kultur	15
7. Sport in Dresden	17
8. Eine gerechte Stadt für alle Generationen	18
9. Dresdens Leitbild: Weltoffenheit und Vielfalt	21
10. Bürgerbeteiligung und Datenschutz	21
11. Verwaltungsmodernisierung: Rathaus zum Dienstleistungsbetrieb machen	23

**[www.grün-tut-gut.de](http://www.grün-tut-gut.de)**

Hrg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Dresden · Wettiner Platz 10 · 01069 Dresden  
[www.gruene-dresden.de](http://www.gruene-dresden.de)

# Liebe Dresdnerinnen, liebe Dresdner,

am 7. Juni 2009 wählen Sie einen neuen Stadtrat. Damit entscheiden Sie über die weitere Entwicklung der Stadt. Dresden ist eine Stadt mit großen Chancen, Dresden ist eine Stadt mit Zukunft. In den nächsten 5 Jahren müssen dafür die richtigen Weichen gestellt werden. Die bestehende Koalition aus CDU, FDP und Linksfraktion.PDS tut unserer Stadt nicht gut. Mit der WOBA wurde wertvolles kommunales Eigentum verkauft. Der Verlust des Weiterbes „Dresdner Elbtal“ wurde mit dem Bau der Waldschlößchenbrücke billigend in Kauf genommen. Die politische Kultur in Dresden hat erheblich gelitten. Die schwarze Handschrift dieser Politik steht für eine politische Kultur des Provinzialismus, fehlender Bürgernähe und Transparenz. Und sie hat die notwendigen zukunftsweisenden Entscheidungen für innovative Energie- und Baupolitik zum Wohle der Menschen und des Klimas ebenso abgeblockt wie eine Neuausrichtung in der Bildungs- und Sozialpolitik wie auch in der Verwaltung selbst. Es ist Zeit für Veränderung! Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, treten als unabhängige und unverwechselbare politische Kraft dafür ein.

Wir wollen durch eine ökologische Modernisierung die Lebensqualität in der Stadt erhöhen. Der globale Klimawandel ist auch in Dresden eine große Herausforderung. Eine konsequente Klimaschutzpolitik ist notwendig, damit Dresden auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt bleibt. Investitionen in den kommunalen Klimaschutz sind eine Chance für die Wirtschaft. Mit immer stärkerer Nutzung erneuerbarer Energien und der Förderung von Energieeffizienztechnologien wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen und Dresdens Wirtschaft stabilisieren.

Wir wollen ein grundlegendes Umdenken in der Verkehrsplanung erreichen. Weitere Flächenversiegelung, Abholzung von Straßenbäumen, Luftverschmutzung und Lärmbelastung wollen wir nicht zulassen. Überdimensionierte Verkehrsprojekte müssen der Vergangenheit angehören. Wir wollen Bahn & Bus fördern, Geh- und Radwege ausbauen und das bestehende Straßennetz sanieren.

Wir wollen die städtebauliche Vielfalt Dresden bewahren. Qualitätsvolle zeitgenössische Bauten müssen ihren Platz in der barocken Silhouette Dresdens finden. Die Innenstadt braucht mehr Investitionen in den öffentlichen Raum und mehr Grün statt Grau.

Wir wollen, dass alle Dresdnerinnen und Dresdner am kulturellen und sozialen Leben der Stadt teilhaben können. Wir brauchen ein sicheres Netz sozialer Leistungen, angefangen von der frühkindlichen Bildung über eine verbesserte öffentliche Gesundheitsversorgung bis hin zur Unterstützung älterer, behinderter und bedürftiger Menschen.

Kultur ist ein Lebensnerv unserer Stadt. Wir wollen diesen kulturellen Reichtum bewahren und ausbauen. Auch im 21. Jahrhundert soll Dresden eine weltoffene Kulturstadt sein. Kultur erschöpft sich dabei nicht in traditionell anerkannter Hochkultur, sondern schließt alle künstlerischen und kulturellen Ausdrucksformen mit ein. Wir wollen die zeitgenössische Kunst und die kulturelle Bildung fördern.

Wir sind uns der Verantwortung für die heranwachsende Generation bewusst. Der Abbau des Sanierungsstaus bei Kitas und Schulen hatte und hat für uns oberste Priorität. Wir fordern eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Betreuung für die Jüngsten. Wir wollen die Schulen besser ausstatten und unterstützen neue Schulkonzepte.

Wir wollen eine demokratische Stadt. Transparenz und Mitsprache müssen eine selbstverständliche Grundlage kommunaler Politik sein. Wirkliche Bürgerbeteiligung findet derzeit nicht statt, bürgerschaftliches Engagement wird behindert. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern das Recht geben, sich in Angelegenheiten der Stadt einzumischen. Wer mitbestimmen und mitgestalten kann, übernimmt Verantwortung und stärkt die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Wir wollen eine bürgerfreundliche, bürgernahe Verwaltung, die sich an den tatsächlichen Interessen der Dresdnerinnen und Dresdner orientiert.

Wir wollen ein weltoffenes Dresden. Toleranz, Teilhabe statt Ausgrenzung, Offenheit für neue Wege und andere Kulturen stehen dabei für uns im Mittelpunkt. Für Vielfalt eintreten heißt für uns auch, Rechtsextremismus und Diskriminierung überall dort, wo sie auftreten, die Stirn zu bieten. Nazis haben in dieser Stadt nichts zu suchen!

Grün tut Dresden gut!

# 1. Für ein lebenswertes Dresden: aktiver Klima- und Umweltschutz

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind ein Hauptziel und die zentrale Motivation unseres politischen Handelns. Wir machen Ernst mit der Erkenntnis, dass die uns anvertrauten Naturgüter endlich sind. Wie wissen, dass ein gutes Leben der Dresdnerinnen und Dresdner von dem sorgsamem Umgang mit Boden, Bäumen, Wasser und Luft abhängen. Dafür brauchen wir eine ökologische Modernisierung der Stadtgesellschaft. Mit kommunalpolitischen, aber auch bürgerschaftlichen Initiativen zu Fragen des Naturschutzes und ganz speziell des Baumschutzes, der Energiepolitik, der Luftreinhaltung, des Hochwasser- sowie des Klimaschutzes haben wir uns den zentralen umweltpolitischen Herausforderungen gestellt. Doch leider bildet die Ignoranz gegenüber den umweltpolitischen Herausforderungen sowie eine mangelnde Einsicht in die Notwendigkeit zum schnellen Handeln bei einer Mehrheit in Stadtrat und -verwaltung noch immer eine schwer zu überwindende Hürde. Daher besteht in dem zentralen Politikfeld des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes nach wie vor enormer Handlungsbedarf. Diesen Aufgaben wollen wir uns gemeinsam mit den vielen Initiativen und Umweltverbänden stellen.

## Klimaschutz

Der Klimawandel ist längst in Dresden angekommen. Extremereignisse wie das Hochwasser 2002 und die Sommerhitze 2003 und 2006 treffen alle Menschen in der Stadt.

Um das Klima zu schützen, müssen wir die Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe wie Öl, Gas oder Kohle bei der Energieerzeugung oder im Verkehr auf ein Fünftel des bisherigen Niveaus vermindern. Zugleich müssen wir unsere Infrastruktur so an den Klimawandel anpassen, dass ein gutes Leben noch möglich ist.

Die Dresdner haben nach 1990 die Treibhausgasemissionen vor allem durch den Bau des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Nossener Brücke (Wirkungsgrad 56%) und Wohnungsanierungen um fast die Hälfte gesenkt. Seit über 10 Jahren aber konnten keine weiteren Fortschritte mehr erzielt werden. Die Ziele, die sich Dresden im Rahmen der Klima-Allianz der Städte gesetzt hat, bleiben unerreicht.

Wir wollen den städtischen Klimaschutzbemühungen einen neuen Schub geben! Wir müssen uns Ziele setzen, die der Herausforderung des Klimawandels gerecht werden. Wir müssen daher unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß von derzeit durchschnittlich 10 t pro Kopf und Jahr bis 2050 auf 2 t reduzieren. In 10 bis 15 Jahren sollten wir – als Zwischenziel – nur noch 6 t je Einwohner ausstoßen. Dies erfordert nicht weniger als eine Energie- und Verkehrswende hin zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und einer kompakten Stadt der kurzen Wege.

Wir begrüßen das millionenschwere Bundesprogramm REKLAM, das wissenschaftlich untersucht, wie sich Dresden an den Klimawandel anpassen kann. Wir wenden uns aber gegen die Tendenz, über die Klimaanpassung den Klimaschutz zu vernachlässigen.

## Energetische Sanierung von Gebäuden

Die energetische Sanierung von Gebäuden senkt deren Wärmeenergiebedarf vermindert die CO<sub>2</sub>-Emissionen und spart bares Geld für Eigentümer und Mieter. Einsparungen bis zu

90% sind möglich! Dresden sollte im Vorfeld des großen Passivhaus-Kongresses im Jahr 2010 mit gutem Beispiel vorangehen. Beim Neubau von Kitas, Schulen oder Verwaltungsgebäuden fordern wir die Einhaltung des Passivhausstandards, für Sanierungen den bestmöglichen Niedrigenergiestandard. Die Stadtverwaltung muss bei Neuanschaffungen ausschließlich auf energieeffizienteste Techniken setzen. Wir brauchen ein Energiemanagement für die Verwaltung und wieder eine Bürgerberatung. Wir setzen uns für die Schaffung der erforderlichen Personalstellen ein.

Dresden hat ein erhebliches Interesse an einer Beratung und Förderung energetischer Sanierungen im privaten Bereich. Die Stadt soll die Fördermittel des Bundes und des Landes ausschöpfen und selbst Mittel bereitstellen. Die Stadt und die DREWAG sollten Intracting- und Contracting-Modelle anbieten, bei denen ein Investor die energetische Sanierung vorfinanziert und die Gewinne aus den Kosteneinsparungen mit dem Eigentümer teilt.

Aufgrund des geltenden Mietrechts gibt es leider zu wenig Anreize für Vermieter, ihre Gebäude neuen Energiestandards anzupassen, da nur die Mieterinnen und Mieter von den Energieeinsparungen profitieren. Zur Überwindung dieses Nutzer-Investor-Dilemmas setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden für die Einführung eines ökologischen Mietspiegels ein nach dem Vorbild von Darmstadt. Hier wird die Kosteneinsparung zwischen Vermietern und Mietern geteilt. Ökologische Fragen sind soziale Fragen! Die steigenden Heiz- und Stromkosten in oft nur ungenügend energetisch sanierten Wohnungen treffen besonders die Dresdnerinnen und Dresdner mit geringem Einkommen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften, DREWAG, Sozial- und Umweltamt eine persönliche kommunale Energieberatung für diese Menschen einführen. Berater sollen konkrete Tipps für Energieeinsparungen im Haushalt geben und Energiesparprämien und effizientere Geräte verteilen können. Modellprojekte wie in Frankfurt a. M. und Leipzig laufen sehr erfolgreich. Eine solche Beratung nützt nicht nur den betroffenen Mieterinnen und Mietern, sondern auch der Stadt, die die Erstattung der Kosten der Unterkunft einspart.

## Erneuerbare Energien

Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für eine klimagerechte Gesellschaft, weil heimische Ressourcen wie Sonne, Wind und Biomasse keine zusätzlichen Treibhausgasausstoßen. Der Einstieg in die Erneuerbaren Energien ist ein Konjunkturprogramm für die heimische Wertschöpfung. Photovoltaik-Unternehmen wie Solarwatt und Ardenne schaffen in Dresden bereits heute Hunderte von Arbeitsplätzen.

Leider ist die Produktion von erneuerbarem Strom und Wärme in Dresden noch sehr gering. Wir wollen diesen Anteil auch in Dresden schnell steigern. Eine Studie der Vereinigung zur Förderung der erneuerbaren Energien (VEE) im Auftrag der GRÜNEN Landtagsfraktion beweist, dass wir in 10 Jahren schon gut drei Viertel unseres Stromes aus erneuerbaren Energien beziehen können! Wir setzen uns dafür ein, dass bereits 2020 mehr als 50% des Dresdner Stromes aus erneuerbaren Quellen stammt und der Rest durch Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen wird.

Dachflächen der Stadt sollten grundsätzlich für solarthermische oder Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Baurechtliche Hindernisse für die Errichtung von Anlagen müssen abgebaut werden. Relativ effiziente Fernwärme aus dem Gaskraftwerk Nossener Brücke sollte ausgebaut werden, ohne die Einrichtung von Blockheizkraftwerken, Nahwärmenetzen und Erdwärme zu behindern. Im neuen Flächennutzungsplan sind auch Standorte für kleine und große Windkraftanlagen

zu prüfen. Wir wollen in die Elektromobilität mit Erneuerbaren Energien einsteigen.

Die Technischen Werke Dresden und die DREWAG sind ein wichtiger Akteur bei der Energiewende in Dresden. Unsere Stadtwerke müssen sich auch zu einem Energiedienstleister entwickeln, um in Zukunft bestehen zu können. Die Stadt muss der DREWAG klimapolitische und soziale Ziele setzen. Daran hat es bisher gefehlt. Die DREWAG muss Atom- und Kohlestrom durch möglichst eigenproduzierte erneuerbare Energie ersetzen. Sollte Dresden die DREWAG zu einem vertretbaren Preis zurückkaufen können, sollten wir diese Chance im Interesse einer eigenständigen Energiepolitik nutzen.

Wir wollen, dass Dresden auch im Bereich der Autoindustrie in die Zukunft blickt: Das Zeitalter der mit Strom und Biokraftstoffen betriebenen Automobile hat begonnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Dresden eine Vorreiterrolle bei dieser Entwicklung einnimmt und durch die Errichtung von (Öko-)Strom- und zertifizierten Biotreibstoff-Tankstellen zur (auto)mobilen Modellstadt wird. Die öffentliche Fahrzeugflotte muss dabei Vorbild sein.

## **Umweltfreundliche Verbrauchsmaterialien in der Verwaltung**

Neben der Umstellung auf umweltfreundliche Verbrauchsmaterialien wie Recycling-Papier müssen Stadtverwaltung sowie alle von der Stadt bestimmten Betriebe und Institutionen bei der Anschaffung von elektrischen Geräten, Fahrzeugen und Leuchtmitteln ausschließlich auf energieeffizienteste Techniken setzen. Durch die Einsparung von Energie rechnen sich diese Anschaffungen schon nach kurzer Zeit, und mit Blick auf die steigenden Energiepreise werden unnötige Ausgaben der Zukunft bereits heute vermieden.

## **Hochwasserschutz**

Spätestens die Ereignisse vom August 2002 haben gezeigt, dass der Klimawandel im vollen Gange und auch bei uns in Dresden angekommen ist. Zukünftig werden Klimaveränderungen unser Dasein noch stärker beeinflussen. Um die Anfälligkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber Klimaänderungen zu mindern, muss Dresden einerseits Treibhausgase reduzieren und sich andererseits an den Klimawandel anpassen. Die derzeitige kommunale Klimafolgevorsorge beschränkt sich aber fast ausschließlich auf Hochwasserschutzmaßnahmen und hier wiederum einseitig auf die klassischen technischen Maßnahmen. Neben den vorbeugenden technischen Hochwasserschutzmaßnahmen (Hochwasserschutzmauer u.a.) und dem operativen Hochwasserschutz müssen wir uns verstärkt um den natürlichen Hochwasserschutz in unserer Stadt bemühen. Das heißt konkret: naturnaher Ausbau städtischer Fließgewässer

- Begrenzung der Flächenversiegelung
- Sicherung der Elbauen vor Bebauung
- Rückhaltung der Niederschläge durch Versickerung
- Erhalt bzw. Neuschaffung von Retentionsflächen
- Verbesserung der Abflussbedingungen

Die Stadt hat eine Schutzmauer für die Altstadt errichtet. Das Gebiet von Pieschen bis Kaditz bzw. von Stetzsch bis Cosselbaude soll durch stationäre Hochwasserschutzanlagen gesichert werden. Doch mit dem Schutz dieser Gebiete geht der Elbe gleichzeitig Überschwemmungsland verloren. Wir wollen deshalb den Ausgleich dieser Flächenverluste über ein Retentionsflächenkataster sicherstellen. Für den Dresdner Osten muss unverzüglich ein Hochwasserschutzkonzept erarbeitet und umgesetzt werden,

Wir wehren uns gegen eine Zerstörung des Ökosystems und der Flusslandschaft Elbe unter dem Vorwand des Hochwasserschutzes. Eine weitere Einengung der Elbe ist ebenso verantwortungslos – auch gegenüber den Unterliegergemeinden – wie überdimensionierte Sohlbereinigungen, hinter denen sich eher ein schleichender Ausbau der Elbe als Schifffahrtsweg verbirgt. Wir fordern zudem ein Bauverbot in rechtlich festgesetzten Überschwemmungsgebieten.

## **Luftreinhaltung**

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz: Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Schutz vor Luftverschmutzung. Es ist skandalös, dass über 40.000 Dresdnerinnen und Dresdner gesundheitsschädlichem Feinstaub und Stickoxiden ausgesetzt sind und eine echte öffentliche Diskussion über Ursachen und Folgen dieser Probleme nicht stattfindet.

## **Naturschutz**

Die Natur ist aufgrund ihres eigenen Wertes in besiedelten und unbesiedelten Bereichen zu schützen, zu entwickeln und, wenn erforderlich, wiederherzustellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Naturschutz in Dresden aus seinem Schattendasein holen. Wir sollten stolz auf unsere Landschafts- und Naturschutzgebiete, unsere Flächen- und Naturdenkmale sein. Denn sie bieten einer Reihe der besonderen Dresdner Kostbarkeiten Schutz und Lebensraum: seltenen Pflanzen und gefährdeten Tieren. Wir setzen uns für eine Sicherung der Lebensräume dieser gefährdeten Arten ein. Unser Ziel ist der Erhalt des Artenreichtums und der Vielfalt begrünter Flächen. Dazu braucht es:

den unbedingten Erhalt der ausgewiesenen Schutzgebiete einen Stopp der weiteren Zersiedlung des Umlandes den Erhalt der großen Grünbereiche Dresdens, der Dresdner Heide, des Hellers oder der Elbauen in ihrem jetzigen Umfang keine weitere Beschneidung wichtiger Biotopverbünde, Vogelschutz- und Flora-Fauna-Habitat-Gebiete für wirtschaftliche oder verkehrliche Interessen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Entlastungsräume für den Naturhaushalt schaffen und ökologische Sanierungsgebiete ausweisen. Dazu sind gezielte Entsiegelungs- und Rückbaumaßnahmen erforderlich. All dies geht nur, wenn Naturnutzerinnen und -nutzer mit Naturschützerinnen und -schützern zusammenarbeiten. Moderne Umweltpolitik – speziell der Naturschutz – erfordern eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Ein integriertes Schutz-, Pflege- und Nutzungskonzept soll gewährleisten, dass die Schutzgebiete nicht nur ihre Funktion für den Naturschutz erfüllen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger Dresdens und die Gäste der Stadt durch Wander-, Fahrrad- und Reitwege erlebbar bleiben. Eine bessere Information über Natur und Landschaft und das bewusste Erleben von Natur erhöhen die Akzeptanz und die Wertschätzung der Natur.

Naturschutz umfasst auch Gehölzschutz. Dresden hat eine vorbildliche Gehölzschutzsatzung. Wir setzen uns für den Erhalt dieser Satzung ein und fordern eine konsequente Anwendung. Wir wollen eine bessere Zusammenarbeit von Naturschutz und Grünpflege in Dresden. Baumfällungen aus vermeintlich ästhetischen Gründen wie an der Lohmener Allee oder an der Ostseite des Altmarktes dürfen nicht passieren. Viele Fehlentwicklungen der letzten Jahre beruhen in erster Linie auf Unkenntnis der Grundgesetze des Naturhaushaltes oder Desinteresse. Aufklärung über ökologische Zusammenhänge, über konkrete Naturschutzprobleme ist daher ein wichtiger Bestandteil Grüner Politik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Wiederbelebung und Intensivierung

dieses Bewusstseins für Umweltfragen durch eine verbesserte ökologische Bildung und Erziehung sowohl von Kindern als auch Erwachsenen ein. Indem wir in Zusammenarbeit mit den Dresdner Umweltverbänden, Kinder- und Jugendinitiativen und mit den Bildungsträgern in Dresden Kinder und Jugendliche wie auch Erwachsene für Umweltbelange sensibilisieren, wollen wir deren Bereitschaft für den verantwortlichen Umgang mit der Natur fördern und zum Handeln anregen. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Ausbau und die Weiterentwicklung des Stadtökologischen Erlebnispfads Dresden.

### **Landwirtschaft**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine stärkere ökologische Ausrichtung der gesamten Land- und Forstwirtschaft ein. Die Nachfrage nach Produkten des ökologischen Landbaus wächst permanent, dadurch bietet der Ausbau dieser Produktion in und um Dresden neue Arbeitsplätze in der landwirtschaftlichen Produktion und im verarbeitenden Gewerbe und dient gleichzeitig der von uns angestrebten Versorgung der Stadtbevölkerung über kurze Wege.

Unvereinbar mit grünen Zielen ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben weiterhin eine von grüner Gentechnik freie Region Dresden an. Gemeinsam mit Umwelt- und lokalen Initiativen setzen wir uns gegen alle offenen und heimlichen Versuche der Ausbringung gentechnisch veränderter Organismen, wie z.B. von Mais in Eschdorf im Schönfelder Hochland, ein.

Die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen ist eine existenzielle Bedrohung für Betriebe, die nach Öko-Landbauvorschriften arbeiten, und von Obst- und Weinbauern, die bewusst auf gentechnisch veränderte Sorten verzichten. Bei der Freisetzung genveränderter Pflanzen kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass angrenzende Ökosysteme kontaminiert werden. Damit sind die für den Pillnitzer Raum und das Schönfelder Hochland typischen und geschützten Biotope wie Streuobstwiesen und Landschaftsschutzgebiete sowie die der Europäischen Union gemeldeten Flora-Fauna-Habitat-Gebiete gefährdet.

Landwirte sind immer häufiger auch als Energiewirte tätig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Biomassenutzung in der Landwirtschaft sich nicht zur Konkurrenz der Nahrungsmittelherstellung entwickelt. Einen einseitigen Anbau von Energie- und Rohstoffpflanzen zu Lasten ausgewogener Fruchtfolgen und einer nachhaltigen umweltgerechten Bodennutzung lehnen wir ab.

## **2. Wirtschaftstadt Dresden: Perspektiven für Wirtschaft und Arbeitsplätze**

Dresden zeichnet sich heute, neben dem Mikroelektronik-Cluster, durch bedeutende wirtschaftliche Unternehmen u.a. in den Bereichen der Entwicklung neuer Werkstoffe, der Biotechnologie und der Softwareentwicklung aus. Aufgrund der gesetzlichen Förderung über den Vorrang regenerativer Energiequellen (EEG), welche durch uns GRÜNE auf Bundesebene maßgeblich mit geschaffen wurde, hat sich Dresden mittlerweile auch erfolgreich zu einem Standort für Solarunternehmen entwickelt. Obendrein ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Dresden, der jedoch nach den aktuellen Entwicklungen einen gewissen Neustart benötigt! Gleichzeitig werden die neuen Dienstleistungsbranchen bisher zu wenig berücksichtigt und die kleinen und mittelständischen Unternehmen immer noch stiefmütterlich behandelt. Dresden braucht ein gestärktes Ressort Wirtschaft, dem das Liegenschaftsamt zugeordnet ist. Wir setzen uns für eine dienstleistungsorientierte und mittelstandsfreundliche Verwaltung ein, die den Kontakt mit den UnternehmerInnen hält, und wollen ExistenzgründerInnen besser fördern.

### **Erneuerbare Energien als Kompetenzfeld**

Neben der Unterstützung bestehender Unternehmen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ansätze im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz vernetzen und ausbauen. Wir streben die Ansiedlung neuer Unternehmen an. Die dezentralen Kraftwerke der Zukunft sollen in Dresden entwickelt und erprobt werden. Von klassischer Photovoltaik über Beschichtungstechnologien, Brennstoffzellentechnologie bis hin zur Forschung und Entwicklung organischer Solarzellen besitzt Dresden heute schon enorme Potentiale. Dieses entstandene Cluster gilt es weiter auszubauen. Wir werden ein spartenübergreifendes Kompetenzzentrum für die Energieerzeugung der Zukunft anregen. Dies würde die Schaffung mehrerer tausend Arbeitsplätze forcieren. Unterstützend muss die Stadt Dresden endlich die Erneuerbaren Energien bzw. die Energienutzung der Zukunft zu einem eigenständigen technologischen Kompetenzfeld erklären.

### **Hochschul- und Bildungsstandort Dresden**

Die Dresdner Hochschulen sind für die weitere Entwicklung ein wichtiger Faktor, ihre Möglichkeiten werden aber wenig systematisch genutzt. Die Stadt muss um Studierende ebenso werben wie um HochschulabsolventInnen im Berufseinstieg und um hochqualifizierte Führungskräfte. Unsere Universität und die Hochschulen holen hochmotivierte junge Menschen in unsere Stadt, welche als Studierende und später als Absolventen das intellektuelle, kulturelle und soziale Klima unserer Stadt positiv beeinflussen. Wenn Dresdens Wirtschaft weiter diversifiziert wird, werden auch mehr qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Neben der Arbeitslosigkeit wird es aber in der Zukunft auch Fachkräftemangel geben, das ist eine Herausforderung für die Berufsbildung. Insgesamt hat Dresden das Potential, sich stärker als Bildungsstandort zu profilieren.

## **Forschung ausbauen**

Durch die Ansiedlung und den Ausbau weiterer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen wollen wir die Wirtschaft in Dresden stärken. Dies schafft nicht nur direkt neue Arbeitsplätze, sondern wird auch den Kongressstandort in Dresden ausbauen.

Wir wollen Unternehmenszentralen nach Dresden holen. Das stärkt die Standortbindung der Unternehmen, erhöht die Gewerbesteuererinnahmen und verbessert das Image der Stadt.

Durch die noch stärkere Vernetzung mit den vielfältigen Forschungsaktivitäten in Dresden wollen wir den Mikroelektronikstandort stabilisieren.

Wir wollen auch etablierte Unternehmen dazu bewegen, Kompetenzzentren in Dresden einzurichten und damit ihre Produktentwicklung und Forschung zu dezentralisieren. Dank Internet und weiterer moderner Kommunikationsmöglichkeiten können Einrichtungen in Dresden entstehen, die Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte (Ingenieure, Naturwissenschaftler, Techniker) schaffen, so dass diese Menschen und ihre Familien nicht abwandern müssen.

## **Existenzgründung und Selbständigkeit unterstützen**

Derzeit ist die Gründungsberatung nicht nur in Dresden viel zu kleinteilig und für einen zu kurzen Zeitraum angelegt. Eine längere Begleitung der Existenzgründer und eine kompetente Beratung aus einer Hand würde zu einer verbesserten Erfolgsquote beitragen. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines ständigen Gründerbüros, welches die notwendigen Experten zur Verfügung hat bzw. vermittelt. Dieses soll auch von Selbständigen in späteren Phasen der Unternehmensentwicklung genutzt werden können und zu einer besseren Vernetzung von verschiedenen sich ergänzenden Firmen beitragen. In eine solche Anlaufstelle wollen wir das bisher weiterhin fehlende „Lotsensystem“ für kleine Unternehmen in der Stadtverwaltung integrieren.

Ein solches kontinuierliches, gebündeltes Angebot wird die Erfolge von Existenzgründung und Selbständigkeit in Dresden noch verbessern und damit weitere Arbeitsplätze schaffen können.

## **Dresden als Tor zum Osten**

Dresden als Tor zum Osten muss sich stärker um die Ansiedlung europäischer Institutionen bemühen. Das wird für hiesige Unternehmen auch neue Möglichkeiten wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa erschließen. Wir wollen, dass Dresden sich als ein Zentrum im Wirtschaftsraum Wrocław-Prag-Dresden versteht.

Die Vernetzung in die Länder Osteuropas im Wissenschaftsbereich muss auch im Bereich der Kongress- und Messeaktivitäten stärker als Chance begriffen werden.

## **Tourismus**

Durch das Versagen der Stadtspitze und der Aufsichtsräte von CDU, FDP und Linke hat mit der Liquidation der städtischen Tourismusgesellschaft DWT der Tourismus Schaden erlitten. Wir wollen verlorengegangenes Vertrauen durch das gleichberechtigte Einbeziehen aller Tourismusakteure wieder aufbauen. Dies ist neben der Neuausrichtung des Stadtmarketings eine wichtige Grundlage für eine neue positive Entwicklung im Dresdner Tourismus.

Neben dem Kulturtourismus müssen weitere Schwerpunkte,

etwa Städtetourismus und Aktivurlaub, Familienurlaub oder Events für junge BesucherInnen ausgebaut werden. Bei der Tourismuswerbung darf es keine Verengung auf die „Barocke Stadt“ geben. Vielmehr muss auch mit herausragenden Leistungen des 20. und des 21. Jahrhunderts geworben werden. Dresden braucht Weltoffenheit, nicht zuletzt weil es Besucherinnen und Besucher aus aller Welt einlädt. Es ist auch unter diesem Aspekt unverantwortlich, dass Stadtverwaltung und Freistaat die Aberkennung des UNESCO Welterbestatus in Kauf nehmen, zieht doch der Welterbetitel insbesondere Touristinnen und Touristen aus Übersee und dem asiatischen Raum verstärkt an.

## **Kulturwirtschaft fördern**

Dresden braucht die Kreativen! Es ist uns wichtig, die Kreativszene in dieser Stadt zu halten und zu etablieren. Künstler und in der Kreativszene Tätige unterhalten nicht nur Menschen, sondern bieten auch anderen Wirtschaftsunternehmen einen Grund, warum sie und ihre Mitarbeiter sich hier niederlassen sollen.

Zudem ist längst erwiesen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft mit der Produktion, Darstellung und dem Verkauf von kulturellen Gütern einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt beisteuert – oft unter Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskraft und unter Inkaufnahme prekärer Lebensverhältnisse – ihr Beitrag zur Wertschöpfung darf aber nicht länger unterschätzt werden. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaftszene gezielt unterstützen. Wir setzen uns daher auch für eine Anlaufstelle in der Wirtschaftsförderung der Stadt ein, in der auf die besonderen Belange der Branche eingegangen wird.

## **Regionales und nachhaltiges Wirtschaften – Chance nicht nur für das Handwerk**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, weil sie für eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich sind. Sie stabilisieren das Wirtschaften in der Region, da sie weniger sensibel auf internationale Turbulenzen reagieren, und schonen gleichzeitig Ressourcen.

Im Bereich der Bauwirtschaft wollen wir alle Möglichkeiten einer ökologischen Stadtsanierung als Grundlage für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen. Stadtsanierung sichert besser Arbeitsplätze als der Neubau großer, stadunverträglicher Straßen und Brücken.

Solaranlagen und andere Nutzungen regenerativer Energien werden regional und dezentral betrieben. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort. Die Anwendung der neuen Technologien erfordert entsprechende Fachkräfte. Neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze im Handwerk entstehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass sich nachhaltige Produktionsverfahren durchsetzen. Dazu müssen die Unternehmen frühzeitig als Partner gewonnen werden. Mit der Durchführung des ÖKOPROFIT-Programms auch in Dresden gibt es dazu einen guten Ansatz. Allerdings muss für dieses Programm noch viel aktiver geworben werden. Die Beispiele aller bisherigen Teilnehmer zeigen, dass sich ein umweltbewusster Ansatz über alle Branchen hinweg auch finanziell positiv auswirkt.

Dies muss Anreiz für viel mehr Unternehmen werden, auf den schonenden Einsatz von Ressourcen und deren Effizienz zu achten. Zusammen mit einer transparenten Umweltberichterstattung wollen wir ein offensives Marketing entwickeln, das Stadt und Region als zuverlässigen und innovativen Standort

ausweist. Aktiv werden in einem solchen Projekt Ansiedlungen von Unternehmen gefördert, die sich der Steigerung der Ressourcenproduktivität verpflichtet haben. Ein derartiges Wirtschaftskonzept bringt Image- und Wettbewerbsvorteile.

### **Kommunale Beschäftigungsstrategie**

Dresden braucht für die Integration von Menschen ohne Arbeit in den Arbeitsmarkt eine kommunale Beschäftigungsstrategie. Die Ein-Euro-Jobs sind nur eine Variante. Der Fokus muss auch in Dresden auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsgelegenheiten liegen. Gerade für Langzeitarbeitslose muss es mehr Möglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Jobs wie z. B. dem Kommunal-Kombi geben. Für sie muss ein verlässliches Segment sozialer Beschäftigung entstehen, das sich z. B. im Rahmen von Assistenzen in der Pflege, in Kindergärten oder auch bei Hausmeistertätigkeiten realisieren lässt.

Dresden braucht eine abgestimmte Strategie verschiedener Beschäftigungsinstrumente, um für Betroffene, aber auch die Träger der Maßnahmen Klarheit und Sicherheit zu bieten und hochwertige Qualifizierung zu ermöglichen. Gerade im kulturellen wie sozialen Sektor muss auch kleinen Trägern die Möglichkeit gegeben werden, Beschäftigungsstellen zu schaffen.

### **Sparsame Haushaltspolitik**

Wir wollen die gewonnenen Spielräume im Haushalt nicht durch eine neue Schuldenpolitik verspielen. Ein symbolisches „Schuldenverbot“, wie es die WObA-Verkaufskoalition aus CDU, FDP und Linksfraktion/PDS durchgesetzt hat, hilft aber überhaupt nicht weiter. Sparsamkeit im Haushalt und Zukunftsinvestitionen müssen an inhaltlichen Zielen und den Folgen der Ausgaben gemessen werden.

Sparsamkeit beginnt mit seriösen Kostenplanungen. Stattdessen werden bei Großprojekten durch schlechte Planung und Projektsteuerung die Kosten massiv überschritten und Stadtrat und Bürgerschaft laufend zum Nachtrag genötigt, wie es z. B. bei Eissporthalle, Kulturpalast und Festspielhaus Hellerau geschehen ist. Mit dieser Verschwendung von Steuergeldern muss Schluss sein!

Die langjährigen Folgekosten und -einsparungen müssen endlich bei Entscheidungen berücksichtigt werden! Es nützt eben nichts, wenn die Stadt eine überdimensionierte Straße wie die B 173 gefördert erhält, aber laufende Betriebskosten von jährlich 1 Mio. € aufbringen muss.

Umgekehrt müssen die langjährigen Einsparungen von Energiekosten bei der energetischen Sanierung von Kitas und Schulen beachtet werden.

Hier zeigt sich, dass Klimaschutz nicht nur gut für die Umwelt und damit unseren Lebensraum, sondern auch für die städtischen Finanzen ist. Deshalb wollen wir bei Neubau und Sanierung möglichst den Passivhausstandard anwenden, sowohl bei städtischen als auch privaten Bauten. Das eröffnet ein großes Sparpotential in der Zukunft!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger kostenbedeutsame Entscheidungen verstehen und mitberaten können. Im Rahmen eines Bürgerhaushalts wollen wir die Bürger an der Erarbeitung des Haushaltsplans beteiligen - frühzeitig informieren, befragen und ihre Empfehlungen ernst nehmen.

Köln hat mit 10.000 beteiligten Einwohnern und 5.000 eingezeichneten Vorschlägen vorgemacht, dass durch einen Bürgerhaushalt ein Nutzen für alle entstehen kann.

Mithilfe konkreter, für die Bürgerinnen und Bürger fassbare Themenbereiche, einer ausführlichen Beschäftigung des Stadtrates mit den Vorschlägen und einer transparente Darstellung der Ergebnisse wollen auch wir dieses Potenzial der Beteiligung der Dresdnerinnen und Dresdner nutzen.

## **3. Stadtentwicklung: Die grüne Stadt wird boomen**

Der falsche Umgang der Dresdner Stadtoberen mit dem UNESCO-Welterbetitel sowie die katastrophale Tourismusvermarktung zeigen: Die Politik von CDU und FDP ruht sich auf den Erfolgen unserer Region aus, übt sich in Selbstlob, vernachlässigt vorhandene Potenziale und zerstört wichtige Ressourcen. Überdimensionierte Straßen, unnötiges Baumfällen, die Zerstörung erhaltenswerter mittelalterlicher Relikte und neue „08/15“-Bauten ohne großen architektonischen Wert führen zu immer mehr Verlust an Flair und Besonderheit unserer Stadt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine nachhaltige Entwicklung der Stadt, ihrer Landschaft und die Entwicklung ihrer vorhandenen und vernachlässigten Brachflächen. Wir GRÜNEN wollen eine Stadt für alle und nicht eine Stadt, die in Armen- und Reichenviertel, in Rentner- und Studentengebiete sowie Touristengebieten abgegrenzt ist.

Stattdessen wollen wir die soziale Mischung in der Stadt pflegen und Nachteile durch gezielte Investitionen in Bildungs-, Sozial- und Kulturangebote ausgleichen.

Die Lage Dresdens im naturnah erhaltenen Elbtal wollen wir als Besonderheit, als Pfund für Wohnwert und Tourismus sowie für die Generationen nach uns erhalten.

Die städtebaulichen Planungen für die Innenstadt sind noch nicht abgeschlossen. Trotz teilweise guter Ansätze klaffen politische Realität und Planung weit auseinander: Nach den 1990er Jahren ist die Zersiedlung der Außenbereiche so schnell voran geschritten wie nie zuvor in Dresden. Dieser Prozess dauert an, jedoch werden die Erschließung und Versorgung in Zukunft auch teuer werden als jemals zuvor. Eine Stadtentwicklung wie in Schönfeld-Weißig oder beim Bau der A 17 und der Waldschlößchenbrücke – mit ihrem enormen Verlust an Naturraum – ist falsch ausgerichtet und bedarf einer Neubestimmung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Dresden, dass für alle lebenswert ist und bleibt.

### **Innen- vor Außenentwicklung**

Deshalb wollen wir, dass die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen im bebauten Bereich konsequent vorangetrieben wird und - anders als bisher – keine Konkurrenz aus dem Außenbereich bekommt. Dazu müssen die Bauleit- und Landschaftsplanung gezielt genutzt werden. Wir wollen mit der Erarbeitung des neuen Dresdner Flächennutzungsplanes einen Neuanfang in der Bauleitplanung verbinden und Bauen in den Außenbereichen und in Kaltluftschneisen in Zukunft unterbinden. Stattdessen setzen wir auf eine lebenswerte Stadt mit kurzen, barrierefreien Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten, Erholen und Lernen – das hilft Familien und alten Menschen ebenso wie dem Klima und der Natur.

### **Preiswerte neue Gewerbe- und Wohnflächen im bebauten Bereich**

Zur Entwicklung weiterer Gewerbeflächen wollen wir den Schwung durch den Ausbau der S-Bahn zur Erschließung der bahnnahen Brachen nutzen. Wohnflächen für verschiedene Wohn- und Lebensformen sollen besonders zum Eigengebrauch in Baulücken und Brachen erschlossen werden, z. B. durch Baugemeinschaften und Wohnen für mehrere Generationen. Hierzu sollten insbesondere die noch vorhandenen öffentlichen Flächen gezielt reaktiviert werden. Die Bebauung hier ist preiswerter als die im Außenbereich.

## **Sozialer Stadtumbau statt blinder Abrisse**

Wo Rückbau notwendig wird, wollen wir diesen mit der Aufwertung des verbleibenden Wohnraums, dem Erhalt der sozialen Strukturen und der Herstellung barrierefreier Strukturen verbinden. Es dürfen keine neuen Brachen geschaffen werden, insbesondere nicht in der Innenstadt. Abrisse in der Innenstadt akzeptieren wir nur dann, wenn es hierfür besondere städtebauliche Gründe gibt wie z. B. am Terrassenufer. Die Stadtpolitik muss sich allerdings der Realität stellen, dass die Einflussmöglichkeiten aus dem Rathaus hier durch den von uns abgelehnten Totalverkauf der WOBA geringer geworden sind. Dieser Fehlentscheidung wollen wir jedoch nicht nachtrauern, sondern den städtischen Einfluss durch eine gute Vernetzung mit allen Akteuren, gezielte Einflussnahme auf Planung und Förderentscheidungen sowie begleitende Sozialpolitik stärken. Dazu schlagen wir eine ständige Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung mit allen Wohnunternehmen und VertreterInnen des Stadtrates vor.

## **Grüne Stadt entwickeln**

Wir kämpfen für eine Neuausrichtung der städtischen Natur- und Landschaftsschutzplanung. Die Stadt soll der näherkommenden Überwärmung durch den Klimawandel ein ökologisches Netz von Grünzügen und öffentlichen Parks entgegensetzen. Anstelle einer steinernen Stadt wollen wir eine grüne Stadt mit baumüberschattenden Alleen und begrünten Häusern planen. Bäume und Grünflächen sollen anders als bisher naturnah und einfach gepflegt werden.

Für die nächsten 3 - 5 Jahren fordern wir, dass schrittweise ein begrünter Altstadtring Ost und West realisiert wird (Lennépark, Dr.-Külz-Ring, Webergasse, St. Petersburger Straße sowie Wiener Platz) und unter Einbeziehung privaten Engagements ein Pflanzen- und Begrünungsprogramm entwickelt wird. Bereits jetzt fehlt es an Flächen für Ausgleichsmaßnahmen für Versiegelung und Bauvorhaben im unbebauten Bereich – hier muss sich die Stadt mit Flächen bevorraten, gleichzeitig aber auf Neubebauung im Außenbereich verzichten. Parkflächen und Fußwege sollen grundsätzlich so wenig versiegelt werden wie möglich.

Für dicht besiedelte Stadtteile fordern wir eine Anschubfinanzierung zur Entsiegelung von Höfen und Vorgärten (Programm 1000 grüne Höfe). Damit sollen private Initiativen zur Gestaltung von Wohn- und Spielhöfen unterstützt und neue grüne Oasen besonders in dicht bebauten Bereichen möglich gemacht werden.

## **Altbäume erhalten**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Priorität für den Erhalt von Altbäumen bei Baumaßnahmen und eine bessere Kontrolle der Naturschutzbehörde gegenüber den für den Bau verantwortlichen Ämtern. Derzeit fallen unser Stadtbild prägende und ökologisch wertvolle Bäume regelmäßig Bau- oder auch Verkehrssicherungsmaßnahmen zum Opfer. Gerade angesichts des Klimawandels ist dies verantwortungslos. Zum Verlust an Lebensqualität und ökologischer Wirkung kommt, dass Jungbäume eines höheren Pflegeaufwandes bedürfen. Fällungen von Altbäumen sind die Regel; wir wollen sie zur Ausnahme machen und lehnen die Fällung intakter Bäume allein aus Gestaltungsgründen ab.

## **Bauqualität**

Wir setzen uns für bessere Bauqualität und hochwertiges Bauen besonders in denkmalgeschützten Bereichen ein und

fordern, dass ein Dresdner Klimabaustil geprägt wird: modernes, innovatives Bauen nach Klimaschutzziele - Bauen für eine verdichtete, aber dennoch grüne, luftige und schattige Stadt mit einem hohen Anteil begrünter Fassaden und Dächer. Handlungsmöglichkeiten hierzu sind entsprechende Aufgabenstellungen für die von der öffentlichen Hand gebauten Gebäude und entsprechende Kriterien in den Planungsverfahren, unabhängigen Beratungsgremien für Rat und Verwaltung mit besonderer Kompetenz im umweltgerechten Bauen (Baubeirat) sowie die Verbindung mit engagierten Fachleuten und der Bürgerschaft (berufsständige Arbeitsgruppen, Passivhauskongress). Kommunale Vorhaben sollen die Anforderungen maximaler Energieeffizienz und Begrünung beispielhaft erfüllen. Für Neubauprojekte der Stadt wollen wir den Passivhausstandard zur Regel machen.

## **Dresden ist mehr als Barock**

Viel zu sehr ist Dresden einseitig als Barockstadt definiert worden. Unsere Stadt ist viel mehr als eine teilweise rekonstruierte Barockstadt. Wir sollten die noch vorhandenen Reste aus Mittelalter, Renaissance oder Gründerzeit ebenso wie die noch vorhandenen Gebäude der Moderne pflegen und erhalten. Anstelle niveauloser Investorenarchitektur wie an Altmarkt oder Postplatz wollen wir künftig auf „Klasse statt Masse“ setzen. Historische Funde wie das leider abgerissene mittelalterliche Frauentor oder das Alte Rathaus sollten künftig als Anziehungspunkte für kommende Generationen und Touristinnen und Touristen erhalten werden. Anspruchsvolle Neubauten in der Innenstadt werden dazu qualitätsvolle Akzente setzen. Beides zusammen stärkt die Identität der verschiedenen Menschen, die in Dresden leben und arbeiten – denn zu unserer Tradition gehören Offenheit für Neues und Vielfalt! Wir werden politische Lobbyarbeit für moderne Architektur machen, dabei aber im Auge haben, dass solche Bauvorhaben einer intensiven Bürgerbeteiligung bedürfen, an der es in den letzten Jahren unter der Führung der CDU gefehlt hat. Das wollen wir ändern.

## **Einzelhandel, regionale und verbrauchernahe Angebote fördern**

Der Markt für alle Handelseinrichtungen in Dresden ist aufgeteilt. Wo großflächige Handelseinrichtungen neu genehmigt werden, wird anderen ein Stück vom Kuchen entzogen. Wir lehnen deshalb eine Ansiedlung neuer Großhandelseinrichtungen in Randlagen und jenseits der gewachsenen Stadtteile ab. Die erneut geplante Erweiterung des Elbeparks mit innenstadtrelevanten Sortimenten wollen wir stoppen. Priorität hat für uns die fußläufig erreichbare Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie ein Netz von Frischemärkten mit vorrangig regionalen und ökologischen Angeboten in allen Stadtteilen. Dazu müssen die städtischen Flächen und Steuerungsmöglichkeiten gezielt genutzt werden. So werden die ansässigen Einzelhändler sowie regionale Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe gestärkt und gefördert. Bei der Handelsentwicklung der Innenstadt muss besonders der Facheinzelhandel aktiv unterstützt werden, z. B. durch Verbesserung des städtebaulichen Umfeldes und Unterstützung bei der Werbung durch ein funktionierendes Tourismussystem. Die Verbindung der Händler zwischen der Neustädter und Altstädter Seite muss von der Stadt unterstützt werden.

## **Zusammenarbeit in der Region**

Die Dresdner Stadt- und Wirtschaftsentwicklung wird im Rathaus zu sehr innerhalb der Stadtgrenzen gedacht; dadurch bleiben kulturelle und wirtschaftliche Chancen ungenutzt - besonders im Tourismus. Stattdessen macht die Stadt ihrem Umland sinnlos Konkurrenz – zum Beispiel, wird durch den Ausbau des Elbeparks der gewachsene Einzelhandel in der Nachbarstadt Radebeul geschädigt. Dieses egoistische Konkurrenzdenken hängt unserer Region wie ein Klotz am Bein. Wir wollen durch eine Stadt-Umland-Initiative die Zusammenarbeit auf neue Füße und mit interkommunalen Abkommen auf eine tragfähige Grundlage stellen. Schwerpunkte der neuen regionalen Zusammenarbeit sollen besonders die gemeinsamen Fragen der ÖPNV-Erschließung, der Aktivitäten zu Klimaschutz und Tourismus sowie die Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung sein.

## **Innenstadt zur Innenstadt machen**

Derzeit besteht die Innenstadt nur aus einzelnen Inseln, die von großen Autostraßen durchschnitten werden. Die Entwicklung der Neustadt ist dabei von der Entwicklung der Altstadt weitgehend abgekoppelt. Wir wollen die Innenstadt durch eine Fußgängerzone vom Hauptbahnhof über die Augustusbrücke bis zur Inneren Neustadt verbinden und dadurch TouristInnen und Einheimische zum Flanieren und Einkaufen einladen. Parallel dazu muss der Radweg aus der Neustadt über Carolabrücke, Pirnaischen Platz und Hauptbahnhof endlich durchgehend und radfahrerInnenfreundlich ausgebaut werden.

Die Innenstadt benötigt dringend mehr Investitionen im öffentlichen Raum – Grünflächen, freundliche Sitzmöbel, kleine Spielgeräte und Wasserbrunnen. Diese müssen durch private und öffentliche Initiativen gemeinsam finanziert werden. Zur Aufwertung gehört auch Kunst im öffentlichen Raum. Als erste Maßnahme schlagen wir die Entwicklung der Wilsdruffer Straße als grüne, in den Postplatz mündende Kunstallee vor, die mit einfachen Stadtmöbeln mit angenehmen Sitzflächen bereichert wird.

Zur besseren touristischen Erschließung der Innenstadt sollte die Stadt gemeinsam mit dem Freistaat die 2002 eingestellten Arbeiten an einem echten multimedialen Tourismuseitsystem wieder aufnehmen.

Nach dem ersten Boom zur Eröffnung der Frauenkirche leidet der Neumarkt unter fehlender städtebaulicher Qualität. Ihm fehlt die öffentliche Nutzung. Wir wollen deshalb, dass die noch verbleibenden Grundstücke in öffentlicher Hand ausgeschrieben werden und nur solche Investoren Zuschläge bekommen, die höchsten baulichen Ansprüchen gerecht werden und öffentliche, kulturelle Nutzungen realisieren. Nach wie vor streben wir die Bebauung auf der Fläche des früheren Gewandhauses mit einem öffentlich genutzten Gebäude, z. B. einer Kunsthalle, in hoher städtebaulicher Qualität an.

Städtebauliche Impulse für die Innenstadt könnten besonders von der von uns befürworteten Sanierung des Kulturpalastes mit der neuen Bibliotheksnutzung am Neumarkt und dem hochwertigen Konzertsaal ausgehen. Wir wollen mit der Entwicklung der Wilsdruffer Vorstadt, der Friedrichstadt und der Gebiete im Einzugsbereich der Weißeritz neue Impulse für preiswertes Wohnen und Gewerbe geben. Eine Schlüsselstellung hierzu ist die Entwicklung der Brache am ehemaligen Heizkraftwerk zum öffentlichen Theater- und Kunststandort sowie die weitere Entwicklung des Ostrageheges als Standort für Bildung, Ausstellungen, Veranstaltungen und Kongresse, der durch eine Kunstmeile mit Kongresszentrum und Landtag mit der Innenstadt verbunden wird.

## **Stadtteile**

Dresden wird überregional immer wieder für die erhaltene Vielfalt seiner Stadtteile und Ortschaften geschätzt – vom alten Dorfkern über das Gründerzeitviertel bis zur Plattenbausiedlung. Diese Vielfalt muss gepflegt und erhalten werden! Den in einer

Bürgerwerkstatt erarbeiteten Masterplan Welterbe Dresdner Elbtal wollen wir aus dem Tresor holen und die elbnahe Landschaft schonend weiterentwickeln.

Besonders wichtig sind uns die unverbaute Gestaltung der Elbhänge und Elbwiesen sowie die Weiterentwicklung vielfältiger Potenziale auf vorhandenen Brachen für Wohnen und verträgliche Nutzungen z. B. in den Sanierungsgebieten Friedrichstadt, Pieschen, Hecht, Neustadt und Plauen. Hier müssen die Fördermittel künftig stärker zugunsten der sozialen Infrastruktur und des Stadtgrüns ausgegeben werden. Die Initiativen der Bewohner und Nutzer der Stadtteile mit ihrer Kreativität und ihren Kenntnissen wollen wir stärker in die Entscheidungen der Stadtteilentwicklung einbeziehen, als es bisher politisch gewollt war.

## 4. Mobilität für alle statt mehr Verkehr

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Überwindung einer überholten Verkehrspolitik, die einseitig auf Straßenneubau setzt. Zunehmender Flächenverbrauch, die Abholzung von Straßenbäumen, die Luftverschmutzung und die Lärmbelastung müssen minimiert werden. Planloser Straßenbau darf nicht neue Löcher in den städtischen Haushalt durch zusätzliche Folgekosten für die Instandhaltung reißen. Die Vernachlässigung des bestehenden Straßennetzes (z.B. Bautzner Straße, Gerokstraße, Schandauer Straße, Albertbrücke) muss aufhören!

Überdimensionierte Verkehrsprojekte – für die die Waldschlößchenbrücke dramatisches Beispiel ist – binden die Mittel, die für die Sanierung maroder Straßen, Straßen- und Gehwege nötig wären. Hier muss umgesteuert werden – für mehr Sicherheit, eine gesündere Umwelt und Mobilität für wirklich alle Dresdnerinnen und Dresdner!

### Verkehrsplanung und Stadtentwicklung

Stadtentwicklung und Verkehrsplanung müssen aufeinander abgestimmt werden: Die Entwicklung der Innenstadt und der Ortsteilzentren geht vor! Die Entwicklung von Zentren „auf der grünen Wiese“, die nur neuen Verkehr verursachen, lehnen wir ab. Städtebauliche Planungen müssen sich außerdem am Schienennetz orientieren. Damit die Innenstadt attraktiver wird, muss der Durchgangsverkehr aus dem Kernbereich der Altstadt ferngehalten werden. Um die Luftqualität signifikant zu verbessern und die Feinstaub- und Stickstoffbelastung zu reduzieren, unterstützen wir die Einrichtung einer Umweltzone. Das Dresdner Verkehrskonzept stammt von 1994 und ist seitdem nicht mehr überarbeitet worden. Wir setzen uns für eine Neufassung ein, die den Erfordernissen des Klima- und Umweltschutzes gerecht wird. Für eine lebenswerte, dynamische und nachhaltige Stadtentwicklung ist ein effizientes Management der Mobilität nötig. Das ist mehr als die fortlaufende Aneinanderreihung immer neuer Verkehrsprojekte.

### Autofreie Augustusbrücke

Wir wollen die Augustusbrücke in den Monaten Juni bis August an Wochenenden sowie während der Sommerferien durchgehend für den Kfz-Verkehr sperren, um eine touristische Attraktion ähnlich der Karlsbrücke in Prag zu schaffen. Durch Kleinkunst im öffentlichen Raum und Straßenkultur kann die Attraktivität der Dresdner Innenstadt erhöht werden. Wir wollen dadurch auch mehr Besucherströme von der Altstadtseite in das Neustädter Barockviertel um die Haupt- und Königsstraße lenken, um dort die wirtschaftliche Entwicklung des Handels zu befördern. Nach ihrer Sanierung soll die Augustusbrücke nur noch dem Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) zur Verfügung stehen.

### Öffentlicher Personennahverkehr

Die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs muss weiter gesteigert werden. Während in den vergangenen Jahren die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit des Kfz-Verkehrs gestiegen ist, hat es eine entsprechende positive Entwicklung beim ÖPNV nicht gegeben. Eine schnelle Straßenbahn wird mehr Autofahrer vom Umstieg überzeugen und dadurch Straßen entlasten. Die einseitige Beschleunigung des Autoverkehrs zulasten des Umweltverbundes muss aufhören!

Wesentliche Aufgaben hierbei sind die Sanierung bestehender Gleistrassen (bspw. Bautzner Straße/ Bautzner Landstraße, Königsbrücker Straße) und der Ausbau des Straßennetzes (Verlängerung in die Johannstadt und nach Plauen, Anbindung der Messe im Ostragehege, bessere Anbindung der Technischen Universität). Der Fahrzeugpark der Verkehrsbetriebe ist ökologisch zu modernisieren (Hybrid- und Elektrobusse). Wir sind dafür, dass der ÖPNV in Dresden immer „Grüne Welle“ hat: Durch eine entsprechende Signalsteuerung werden Reisezeiten verkürzt und die Pünktlichkeit gewährleistet. Bei einer intelligenten Signalsteuerung muss das nicht zum Nachteil der anderen Verkehrsteilnehmer sein. Jobtickets und ein gut ausgebauten Netz von Park+Ride-Anlagen sollen den ÖPNV für Berufstätige attraktiver machen. Auch die eingemeindeten Ortschaften wollen wir besser an den städtischen ÖPNV anbinden. Dazu müssen neue Angebote geschaffen, Taktzeiten verkürzt und die Erreichbarkeit in den Abendstunden und an Wochenenden verbessert werden.

### Mobilität für alle

„Mobilität für alle“ ist das zentrale Ziel unserer Verkehrspolitik. Dazu gehört, dass niemand in seinen Möglichkeiten, sich in der Stadt zu bewegen, eingeschränkt wird. Die barrierefreie Gestaltung von Haltestellen ist deshalb genauso notwendig wie ein Sozialticket (Monatskarte mit mindestens 50 % Ermäßigung zum Normaltarif) für Menschen mit geringem Einkommen und ein deutlich ermäßigtes Schülerticket.

### Sanierung des bestehender Straßen

Dresden braucht endlich eine verkehrspolitische Prioritätenliste: Statt immer neue Verkehrsprojekte zu verfolgen, müssen endlich die bestehenden Straßen saniert werden! Die Lärmsanierung vieler Hauptverkehrsstraßen steht noch aus. Höhere Investitionen in die Verkehrssicherheit sind dringend nötig: Bisher wurde dafür kein Geld im Haushalt eingestellt. Wir wollen die notwendigen 3-5 Mio. Euro investieren, um die schlimmsten Unfallhäufungsstellen zu beseitigen.

### Fuß- und Radverkehr

Die Förderung des Fuß- und Radverkehrs liegt uns besonders am Herzen! Wir setzen uns dafür ein, dass Geh- und Radwege nicht länger gegenüber dem Ausbau der Fahrbahnen für Autos vernachlässigt werden. Eine Prioritätensetzung für Gehwege ist familienfreundlich und trägt den Bedürfnissen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Menschen mit Behinderungen Rechnung. Um Gehwege zu sanieren und neuzubauen, standen in den vergangenen Jahren nur jährlich 0,5 Mio. Euro zur Verfügung. Wir halten es für notwendig, diesen Betrag zu verdreifachen, auch um die oft schlechte Straßenbeleuchtung zu verbessern.

An vielen Straßen müssen Fußgänger lange Wartezeiten an Ampeln in Kauf nehmen. Viele Ampeln insbesondere im Hauptstraßennetz müssen daher dringend überprüft und Wartezeiten für Fußgänger deutlich reduziert werden.

Radfahren ist preiswert, stärkt die Gesundheit, ist umweltfreundlich und belebt die Innenstadt. Zur Arbeit, zum Einkaufen oder in der Freizeit - Radfahren hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Leider nicht in der Wahrnehmung der CDU-Stadtratsfraktion und der Verwaltung. Das Dresdner Radwegenetz ist nicht der Nachfrage entsprechend gewachsen und weist viele Lücken auf. Seit Jahren warten Radfahrer auf Fahrradstationen an den Fernbahnhöfen, wo Fahrräder bewacht abgestellt werden können. Kein Wunder, schließlich stehen nur 0,8 Mio. Euro jährlich dafür zur Verfügung. Wir werden uns wie schon in Vergangenheit dafür ein-

setzen, dass deutlich mehr Finanzmittel in die Radverkehrsförderung fließen. Das schon im Jahr 2005 vom Stadtrat beschlossene Konzept „Fahrradfreundliche Innenstadt“ muss vom Papier in die Praxis gelangen. Denn Radfahren stärkt die Gesundheit, ist umweltfreundlich und belebt die Innenstadt. Die Verbesserung des Radwegenetzes erschließt auch wichtige touristische Potenziale. Dazu muss der Elberadweg endlich bedarfsgerecht und durchgehend ausgebaut, Radrouten ausgeschildert und ausreichend Abstellanlagen geschaffen werden. Wir setzen uns für preiswerte Fahrrad-Verleihsysteme ein, wie es sie schon in vielen anderen Städten gibt (bspw. Wien, Paris, Hamburg).

### **S-Bahn-Angebot und Fernverkehr**

Das S-Bahn-Angebot wollen wir durch die Einführung engerer Taktzeiten (mindestens 15 min, langfristig 10 min als Regeltakt am Tag) nach dem dringend notwendigen Ausbau der Strecke nach Meißen und der Einrichtung weiterer Haltepunkte (z.B. Bischofsplatz, Richard-Strauss-Platz, Olbrichtplatz) noch attraktiver gestalten. Wir setzen uns für die Verbesserung des Service im Schienenverkehr ein (ständige Präsenz von Zugbegleitern, kostenlosen Fahrkartenverkauf im Zug, Pünktlichkeits- und Kundengarantien) und kämpfen für einen schnellen Ausbau der Strecke nach Berlin und einen Stunden-takt in alle sächsischen Regionen. Auf der Sachsen-Franken-Magistrale nach Chemnitz und Nürnberg muss endlich schneller Fernverkehr ermöglicht werden. Die Anbindungen nach Prag und Breslau sind zu verbessern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Fürsprecher für die Dresdnerinnen und Dresdner, die extremen Belastungen durch den Flugverkehr ausgesetzt sind. Wir sprechen uns für die konsequente Einhaltung des Nachtflugverbots aus und wollen die Flugverbotszeiten in den Nachtstunden ausweiten.

### **Tempo-30-Zonen**

Durch die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten abseits der Hauptverkehrsstraßen soll mehr Lebensqualität und vor allem Sicherheit geschaffen werden – nicht zuletzt im Interesse der Kinder. Die Konzepte zur Verkehrsberuhigung sollen mit einer Aufwertung der öffentlichen Räume verknüpft werden.

Die Entwertung der Wohngebiete Äußere Neustadt, Radeberger Vorstadt, Johannstadt und Striesen durch Schleichverkehre im Zuge der Waldschlößchenbrücke wollen wir durch verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen verhindern.

### **Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße**

Durch moderate Verkehrslösungen können traditionelle Orts-teilzentren gestärkt werden. Wir unterstützen deshalb den seit langem geplanten Bau einer „Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße“. Im Bereich der Haltestelle fahren dann nur noch Busse & Bahnen, Taxis sowie Fahrradfahrer. Breite Fußwege mit Bäumen verleihen der Straße einen Boulevard-Charakter. Die Verbesserung des Erscheinungsbilds trägt spürbar zur Aufwertung und Stärkung der Geschäftsstraße bei.

Auch die Sanierung der Königsbrücker Straße ist längst überfällig. Nach jahrelangen Diskussionen fand Ende 2006 im Stadtrat eine Verständigung aller Parteien auf eine moderate Ausbauvariante statt. Im Jahr 2010 sollte mit dem Bau begonnen werden, jetzt fordert die CDU aber wieder den vierspürigen Ausbau. Wir stehen zu unseren Beschlüssen und sprechen uns für eine stadtteilverträgliche zweispürige Variante aus, die für Fußgänger und Radfahrer genügend Platz lässt.

## **5. Die beste Bildung für Dresdner Kinder und Jugendliche**

5. Die beste Bildung für Dresdner Kinder und Jugendliche Bildung ist mehr als die Anhäufung verwertbaren Wissens. Sie ist die Basis, auf der jeder Mensch selbstständig und verantwortungsvoll sein Leben gestalten kann. Bildung ist gute Wirtschaftspolitik und der Schlüssel zu Wohlstand. Wir wollen eine Bildungspolitik, die allen gleiche Chancen einräumt. Wer Spitzenleistungen will, muss alle fördern.

Bildung beginnt im Kindergarten: Frühe Förderung ist ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit. Wir wollen die pädagogische Qualität verbessern, den Bildungsauftrag der Kitas stärken und perspektivisch allen Kindern vorschulische Bildung, Betreuung und Erziehung ermöglichen.

Statt einer Schulstruktur, die Kinder früh aussortiert, brauchen wir eine Schule, die integriert, fördert und fordert. Sie soll Kindern vielfältige Lernerlebnisse, Anregungen und soziale Kontakte ermöglichen. Jedes Kind muss individuell gefördert werden – Begabte genauso wie Benachteiligte.

### **Kindertagesstätten: Platzangebot ausbauen**

Kindertageseinrichtungen sind wichtig für die Bildung in den frühen Jahren und müssen deshalb für alle Kinder uneingeschränkt zugänglich sein. Im Jahr 2005 wurden mit unseren Stimmen die von CDU und FDP eingeführten Zugangsbeschränkungen für die Kinderkrippen abgeschafft. Jedoch fehlt immer noch ein bedarfsgerechtes Angebot besonders bei Krippenplätzen, die lange zugunsten von Plätzen für über 3-Jährige reduziert wurden. Durch die Einführung des Elterngeldes steigt der Bedarf weiter. Ohne ausreichende Betreuungsmöglichkeiten ist es Eltern aber nicht möglich, nach der Elternzeit wieder in den Beruf einzusteigen. Der bedarfsgerechte Ausbau des Betreuungsangebotes in allen Betreuungsformen hat deshalb oberste Priorität.

Bei neugebauten oder sanierten Kitas müssen energetische und ökologische Aspekte, die barrierefreie Gestaltung und die Bedürfnisse der Kinder sowie Erzieherinnen und Erzieher beachtet werden.

### **Qualität in der Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen**

Die Kitas entwickeln sich von reinen Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen. Um den Sächsischen Bildungsplan tatsächlich umzusetzen, brauchen die Einrichtungen ausreichende Zuschüsse. Wir fordern die Erhöhung der Zuschüsse vom Freistaat Sachsen, um den Betreuungsschlüssel deutlich zu verringern (Ziel: 1:10 für Kita- und 1:4 für Krippenkinder) sowie bessere tarifliche Bezahlung und bessere Aus- und Weiterbildung für die Erzieherinnen und Erzieher. Anders als bisher brauchen Kitas ausreichend pädagogisches Material. Diese Maßnahmen haben beim Einsatz der Haushaltsmittel für Kindertageseinrichtungen Priorität. Die Qualität der Kitabetreuung gewährleistet die Bildungschancen der Kinder, deren Eltern zu der für sie kostenlosen Kinderbetreuung keine weiteren Leistungen dazu kaufen können.

Erheblichen Sprachauffälligkeiten von Kindern soll mit entsprechenden Sprachförderprogrammen in den Kindertageseinrichtungen begegnet und darüber hinaus Familienberatung angeboten werden. Um den Übergang vom Kindergarten in

die Grundschule zu optimieren –und zwar für alle Kinder –,I muss mehr Kooperation von Kindertageseinrichtung und Grundschule praktiziert werden.

Auch die Anforderungen an die Arbeit von Tagesmüttern und Tagesvätern sind gestiegen. Um die Qualität in der Tagespflege umzusetzen und vor allem langfristig abzusichern, ist es unerlässlich, Tagesmütter und Tagesväter leistungsgerecht zu vergüten und sozial abzusichern. Die Unterstützung und Weiterbildung der Tageseltern durch Jugendamt und Interessenvertretungen muss gewährleistet sein ebenso wie ein Ersatzbetreuungssystem für Ausfälle von Tagesmüttern oder Tagesvätern; das Problem der steuerlichen Schlechterstellung dieser Leistungen muss gelöst werden.

Die finanzielle Absicherung von gesunder und kostenfreier Essenversorgung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtiger als die schwer finanzierbare Abschaffung der Elternbeiträge; zuerst muss den Kindern aus einkommensschwachen Familien ein Zugang zum Essen ermöglicht werden.

Wir wollen außerdem, dass die Trägervielfalt bei den Kindertageseinrichtungen erhalten bleibt, weiterentwickelt wird und Übergaben an freie Träger mit umfassender Beteiligung der Eltern erfolgen. Freie Träger, die unterschiedliche Arbeitsfelder (z. B. Hort, offene Kinder- und Jugendarbeit, Schule, Beratungsstellen, Tagespflege, betreute Spielplätze) zum Wohle der Kinder im Sozialraum miteinander vernetzen, sollen bei der Übergabe von Kindertageseinrichtungen vorrangig berücksichtigt werden.

## Schulen

Der quantitativen Ausdünnung des Schulnetzes muss eine Qualitätsverbesserung an den verbleibenden Schulstandorten folgen. Schulartübergreifend soll der Ausbau von Ganztagsangeboten mit rhythmisiertem und lernfördernd gestaltetem Tagesablauf vorangetrieben werden. Die Konzeption und Umsetzung der Ganztagsangebote soll nach den neuesten pädagogischen Erkenntnissen begleitet und evaluiert werden. Hierzu kann die Stadt eng mit den Erziehungswissenschaftlern der TU Dresden zusammenarbeiten. Insbesondere an Grundschulen soll darauf geachtet werden, dass Schule und Hort kooperieren.

Durch entsprechende Ganztagsangebote kann zudem eine stärkere Verankerung der Schulen in den Stadtteilen erreicht werden. Damit kann Schule dem Anspruch auch gerecht werden, soziales Zentrum eines Stadtteils zu sein. Umfassende Ganztagsangebote mit rhythmisiertem Tagesablauf sind die Voraussetzung für die Einrichtung von Ganztagschulen. Grundschulen sollen angeregt werden, sich durch besondere pädagogische Angebote zu profilieren und vorhandene Profile auszubauen. Dadurch werden für die Eltern höhere Wahlmöglichkeiten in den gemeinsamen Grundschulbezirken geschaffen. Grundschulen mit einem klaren pädagogischen Profil können sich besser etablieren und auf Erfordernisse des jeweiligen Grundschulbezirks eingehen.

Die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln muss deutlich verbessert werden. Wir konnten in den letzten Jahren zumindest eine Kürzung der Mittel verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich aber dafür ein, dass die Etats für Lehr- und Lernmittel erhöht werden.

Spätestens mit der Einführung von Ganztagsangeboten oder der Gemeinschaftsschule ist die Schule nicht mehr nur Unterrichts-, sondern auch Lebensraum für die Schülerinnen und Schüler. Neue Lernkonzepte erfordern neue Raumkonzepte. Bei Schulneu- oder Erweiterungsbauten und grundhaften Sanierungen sollen flexibel gliederbare Flächen für unter-

schiedliche Lernformen berücksichtigt und barrierefrei gestaltet werden. Für den Schulhort müssen zusätzliche barrierefreie Räume eingeplant werden.

Schulneu- oder Erweiterungsbauten sollen in Niedrigenergiebauweise oder im Passivhausstandard und vorzugsweise unter Nutzung regenerativer Energiequellen ausgeführt werden. Konzepte zur Fassaden- und Dachbegrünung und ökologischer Schulhofgestaltung sind ebenfalls zu berücksichtigen. Neben den Potenzialen für Energieeinsparung und somit Emissionsminderung ergibt sich die Notwendigkeit angesichts der steigenden Energiepreise schon aus wirtschaftlicher Sicht. Es wird immer deutlicher, dass die steigenden Kosten der Bewirtschaftung den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung entgegenstehen. Nachdem CDU und FDP jahrelang die Sanierung von Schulen sträflich vernachlässigt haben, wollen wir jährlich 65 Mio. Euro für die Sanierung der Dresdner Schulen und Turnhallen bereitstellen. Der Abbau des Sanierungsstaus hat für uns Priorität.

Wenn wir wollen, dass Schulgebäude so entworfen werden, dass Kinder und Jugendliche gern darin lernen, müssen wir sie an der Planung und Realisierung angemessen beteiligen. Wenn Bildung mehr ist als die Vermittlung abstrakten Wissens, dann sind Beteiligungsprojekte ein wichtiger Baustein für die Realisierung des Bildungsauftrages moderner Schulen. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten für SchülerInnen müssen insgesamt ausgebaut werden. Die gegenwärtige schulische Mitbestimmung hat keinen substantiellen Einfluss auf die Gestaltung der Schulwirklichkeit.

Die Schülerzahlenentwicklung in Dresden wie auch die Bevölkerungsentwicklung erfordert neue Strategien in der Schulnetzplanung. Familien müssen mobil sein. Sich ändernde wirtschaftliche Verhältnisse wirken sich erheblich auf die Familienplanung aus. Eltern wählen sehr gezielt Schulen für ihre Kinder. Dies alles sind Faktoren, die Flexibilität auch von einem Schulnetz erfordern und ein entsprechendes vorausschauendes Denken von der Verwaltung. Das Hin und Her von Schulschließungen und Neueröffnungen, das Dresdens Schulpolitik lange geprägt hat, muss aufhören.

Wir werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten flexible Schulstandorte benötigen. Beispielsweise reicht die Kapazität der Dresdner Gymnasien in den kommenden Jahren nicht aus, um das zeitweise Schüler"hoch" aufnehmen zu können. Für neue Gymnasien ist das „Schülerhoch“ aber zu kurz. Hier sind flexible Schulstandorte im Stadtteil die beste Lösung. Beispielsweise können Mittelschule und Gymnasium eines Stadtteils kooperieren und die Mittelschule kann gymnasiale Klassen aufnehmen. Wenn die Entwicklung dahin geht, dass wieder mehr Kinder den Weg über die Mittelschule einschlagen, kann das Gymnasium seine Kapazitäten der Mittelschule zur Verfügung stellen. Diese flexiblen Schulstandorte schaffen auch die räumlichen Voraussetzungen und die Entwicklung weg von einem gegliederten Schulsystem hin zur Gemeinschaftsschule.

## Gemeinschaftsschule

Nach nur vier Jahren Grundschule werden Kinder heute in Mittelschüler und Gymnasiasten getrennt. Dies ist zu früh. Zahlreiche Analysen bestätigen, dass diese Selektion lediglich die soziale Herkunft der Kinder bestätigt. Diverse Untersuchungen belegen: Längeres gemeinsames Lernen wirkt sich positiv auf die Leistung aus! Die Philosophie der Gemeinschaftsschule ist es, die Differenzierung in Schularten zugunsten einer individuellen Lernkultur aufzuheben. Denn insbesondere durch längeres gemeinsames Lernen ließe sich ein höheres Niveau der Mindestkompetenzen erreichen, da durch

individuelle Förderung Rückstände aufholbar werden. Die Stadt muss engagierte Schulleiter, Eltern und Lehrer bei der Entwicklung der pädagogischen Konzepte für Gemeinschaftsschulen unterstützen. Gemeinschaftsschulen können nur gelingen, wenn längeres gemeinsames Lernen mit einer kontinuierlichen Entwicklung der Schulkultur und entsprechender pädagogischer Konzepte (Lernkultur) einhergehen. Der ersten Dresdner Gemeinschaftsschule in Pieschen sollen weitere folgen.

Mehr als fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Diese Zahlen sind inakzeptabel, hier müssen wir alles tun, um diese zu reduzieren. Der verstärkte Einsatz von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen an allen Schularten unterstützt dabei.

## **Integrative Schulen**

Wir stehen für mehr Einschulungen von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen: Kinder mit Behinderungen haben ein Recht auf den Besuch von Regelschulen und allgemeinbildenden Unterricht. Dieses Recht ist nicht zuletzt im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen verankert. Dieses Übereinkommen gilt seit dem 1. Januar 2009 in Deutschland und muss auf allen politischen Ebenen umgesetzt werden. Daher darf der gesetzlich bestehende Rechtsanspruch auf den Besuch von allgemeinbildenden Regelschulen nicht an personellen, baulichen und sächlichen Voraussetzungen scheitern. Kinder mit Behinderungen brauchen barrierefreie Schulgebäude. Daher sind bei der Planung, beim Bauen und bei Sanierungen die Belange und Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen zu berücksichtigen.

In den Sonder- und Förderschulen werden nicht nur Schülerinnen und Schüler mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen unterrichtet, sondern auch sogenannte „lernbehinderte“ und „sozial-emotional auffällige“ Schülerinnen und Schüler. Für eine verstärkte - Beschulung an einer Regelschule muss der notwendige sonderpädagogische Förderbedarf zukünftig personell unteretzt werden. Dies betrifft sowohl den Einsatz von Schulsozialarbeitern wie auch den von „pädagogischen Unterrichtshilfen“ oder auch die Förderung von Ganztagsangeboten mit diesem Anspruch. Zudem müssen neue Wege ausprobiert werden, um Kinder mit und ohne Behinderungen zukünftig gemeinsam zu unterrichten. Kooperationen von Regelschulen mit Förderschulen bilden einen Anfang.

Sonder- und Förderschulen bieten aufgrund ihrer baulichen Struktur und personellen Ausstattung optimale Bedingungen für Kinder mit Behinderungen. Es sollten daher Projekte ermöglicht werden, um Sonder- und Förderschulen zu Regelschulen weiterzuentwickeln, an denen Kinder mit und ohne Behinderungen allgemeinbildenden Unterricht erleben.

Wir wollen allen Dresdner Schülerinnen und Schüler ein SchülerInnen ticket anbieten. Dieses ermöglicht es ihnen - ähnlich dem Semesterticket für Studierende -, den ÖPNV in und um Dresden vergünstigt zu nutzen. Das SchülerInnen ticket wird unabhängig vom Einkommen der Eltern ausgestellt.

Eltern, deren Kinder schulische Probleme durch Teilleistungsstörungen wie Lese-Rechtschreib-Schwäche (Legasthenie, Dyslexie), Dyskalkulie (Entwicklungsstörung des mathematischen Denkens) oder AD(H)S (Aufmerksamkeits-Defizit-[Hyperaktivitäts-]Syndrom) haben, brauchen Unterstützung. Die vorhandenen Angebote sind mehr als mangelhaft, sowohl in der Beratung als auch in der Therapie. Teilleistungsstörun-

gen können aber die persönliche Entwicklung eines Kindes und dessen Schullaufbahn erheblich gefährden. Diesen Kindern müssen Therapiemöglichkeiten und den Eltern Beratung und Hilfe geboten werden, unabhängig vom Einkommen. Die Haushaltskasse darf nicht länger über das Schicksal eines Kindes mit Lese-Rechtschreibschwäche entscheiden.

## **Ausbildung und Arbeitsplätze**

Eine Politik für junge Menschen muss die Frage nach Arbeitsplatzperspektive und Ausbildung ins Zentrum ihrer Bemühungen stellen - auch im Rahmen der beschränkten kommunalpolitischen Möglichkeiten. Kaum eine Generation war bisher so mit beruflicher Perspektivlosigkeit konfrontiert wie die Jugendlichen heute. Gute Qualifikation ist wichtiger denn je. Die Partnerschaft zwischen Schule und Jugendhilfe muss deshalb ausgebaut und gefördert werden. Für Schulverweigerer müssen gemeinsame Projekte zwischen Schule und Jugendhilfe in der Schule entwickelt werden. Die Verbesserung der Lage der Schulen und Initiativen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen sind zentrale Aufgabe für die Dresdner Jugendpolitik.

## **Kinder und Jugendliche entscheiden mit**

Beteiligung von Kindern, also Mitsprache, Mitwirkung und Mitbestimmung, ist ein entscheidender Baustein für eine kinderfreundliche Stadt. Beteiligung von Kindern heißt für Erwachsene immer auch Abgabe von Macht. Über einzelne projektorientierte Beteiligungsangebote hinaus bestehen für Kinder und Jugendliche kaum Einmischungsmöglichkeiten. Dresden braucht eine „Beteiligungskultur“, die Kinder und Jugendliche in ihrer Eigenverantwortung und Selbstorganisation fördert.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass:

der Kinderbeauftragte, der 1999 von der CDU-Mehrheit abgeschafft wurde, wiedereingeführt und mit echten Kompetenzen versehen wird: Dresden braucht einen Lobbyisten für Kinderinteressen

Kinder und Jugendliche an Planungs- und Gestaltungsprozessen in ihren Stadtteilen beteiligt werden  
die beschlossene Kinderfreundlichkeitsprüfung für das Handeln der Verwaltung endlich umgesetzt wird

## **Planungssicherheit in der Jugendarbeit**

Die bündnisgrüne Antwort auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in einer Großstadt wie Dresden ist eine breit gefächerte Trägerlandschaft mit kleinen, dezentralen, flexiblen Einrichtungen und Angeboten in den Stadtteilen. Kleine Träger und Jugendinitiativen müssen ausreichend Förderung erhalten. Pauschale Kürzungen sind kontraproduktiv und werden von uns abgelehnt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, bedarfsgerechte Angebote zu fördern.

Jugendarbeit braucht Kontinuität und möglichst wenig Verwaltungsaufwand. Nicht nur deshalb muss die mehrjährige Förderung beibehalten werden. Der Verwaltungsaufwand der Antragstellung und Abrechnung ist von vielen kleinen Projekten kaum zu leisten. Wir brauchen ein qualitatives Controlling und keine unnötige Erbsenzählerei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Stadtteilrunden als das Früherkennungssystem für veränderte Bedürfnisse und Problemlagen im Wohnumfeld von Kindern und Jugendlichen ausbauen und stärker einbeziehen. Eine breite Trägerbeteiligung, vor allem unter Einbeziehung von Schule, in Stadtteilrunden ist anzustreben.

## Frei – Räume erhalten

Jugendliche brauchen „Frei-Räume“: Treffpunkte, öffentliche Plätze zur Entfaltung, Ballplätze, Streetball- und Skateranlagen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten Jugendlichen ihren Platz im öffentlichen Raum geben. Wir sehen es als notwendig an, dass Jugendliche ihre eigenen Frei-Räume für ihre Entfaltung nutzen können. Mit eigenen, angemessen gestalteten Plätzen für Jugendliche können Konflikte an Kinderspielplätzen oder in Wohngebieten entschärft werden. Zur Schaffung von Freiräumen zählen wir auch die Öffnung von Schulhöfen, die nach wie vor von der CDU-Verwaltungsbürokratie in Dresden verhindert wird.

## Hilfen aus einer Hand

Die Hilfe für Kinder und Jugendliche in sozialen Problemlagen ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendhilfe. Leider wurde sie in den letzten Jahren vornehmlich unter dem Aspekt der Kostenentwicklung diskutiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wieder die Betroffenen in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Wir sehen auch unter diesem Fokus Möglichkeiten zur Effektivierung der Hilfen. Unser Grundsatz „Hilfen aus einer Hand“ ist nach wie vor in Dresden Utopie. Häufig benötigen die betroffenen Familien mehrere Leistungen der Kommune. Es müssen Ämter- und Leistungsgrenzen in der Verwaltung überwunden werden, um den Familien einen klaren „Helfer“ für ihre Problemlagen zu schaffen.

Aber auch hier gilt: Investition in Prävention vor Intervention. Mit der Modellförderung der sogenannten „Einzelfallvermeidenden Maßnahmen“ hat Dresden den richtigen Weg eingeschlagen. Diese wurden unter der CDU-Oberbürgermeisterin Orosz ohne ernsthafte Prüfung beendet. Die engere Kooperation zwischen offener Jugendarbeit und erzieherischer Hilfe unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements aus den Stadtteilen ist der richtige Weg, präventiv zu arbeiten und mittelfristig Kosten zu sparen. CDU und Stadtverwaltung haben vor der Kostensteigerung resigniert und damit diese Kinder und Familien aufgegeben.

## Vorbeugen statt Einsperren oder Überwachen

Der Ruf nach dem starken Staat, härteren Strafen oder Einschränkung der Freiheitsrechte, z.B. durch Videoüberwachung, wird immer dann laut, wenn es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. Die Reaktionen auf die Ausschreitungen bei Spielen von Dynamo Dresden oder die Konflikte vor dem Kulturzentrum Scheune sind dafür trauriger Beleg. Vor dem Hintergrund solcher Ereignisse halten wir es für dringend erforderlich, dass mit präventiven Angeboten wie Fußballfanprojekten oder Straßensozialarbeit Gewalt frühzeitig entgegengewirkt wird. Doch nicht nur Reaktionen der sozialen Arbeit sind in diesen Situationen nötig. Es bedarf eines gemeinsamen, abgestimmten Agierens von vielen Akteuren, wie Stadtplanung, Polizei und sozialer Arbeit.

# 6. Kultur

Dresden ist weltberühmt durch seine Bauten und Kulturschätze und durch die einmalige Symbiose von Architektur und Landschaft! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen daher auch bis zum Schluss um den Schutz des Welterbegebietes, ja um den guten Ruf unserer Stadt überhaupt!

Dresden lebte in der Vergangenheit von der kulturellen Erneuerungskraft seiner Künstlerinnen und Künstler. Der „Mythos Dresden“ darf die Stadt aber nicht zur Puppenstube verklären. Wir leben im 21. Jahrhundert – und Traditionsbewusstsein heißt vor allem die Förderung des Zeitgenössischen, wie es auch der Kulturentwicklungsplan ausweist. Hier gilt es dafür zu sorgen, dass diese Schwerpunkte auch umgesetzt werden.

## Kulturelle Bildung

Der zweite Schwerpunkt im Kulturentwicklungsplan ist die kulturelle Bildung: Die kulturelle Bildung ist ein wichtiger Faktor in der Persönlichkeitsentwicklung. Der Einfluss von Kultur bestimmt mit darüber, welches Wertesystem Menschen für sich akzeptieren, wie sie andere Menschen anerkennen und miteinander umgehen.

Eine breite kulturelle Bildung - und hier spielt gerade die Soziokultur eine herausragende Rolle - ist Voraussetzung für hochkulturelle Angebote.

Dresden entscheidet mit den Mitteln, die für die kulturelle Bildung bereitstehen darüber, ob und von wem der gute Ruf von Dresden als Kunst- und Kulturstadt wahrgenommen und verstanden wird, ob und von wem die kulturellen Angebote genutzt werden.

Kulturelle Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen, daher müssen die besonderen Angebote für Kinder, Jugendliche, Schulen und sozial Benachteiligte ausgeweitet werden. Damit ein breites Spektrum an funktionierenden Kunst- und Kulturprojekten möglich ist, brauchen wir aber mehr Geld für die kommunale Kulturförderung. Gleichzeitig fordern wir, dass Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche so kostengünstig wie möglich zugänglich sein müssen. Deshalb machen wir uns für eine Gebührenbefreiung für Jugendliche bei den Städtischen Bibliotheken stark.

## Kulturkraftwerk Mitte

Es war BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die nie lockerließen beim Thema „Operette ins Zentrum!“ Es waren wiederum wir Bündnisgrünen, die sich bei der Standortabwägung früh und eindeutig zum Heizkraftwerk Mitte bekannt haben, nicht zuletzt, weil dort buchstäblich auch Raum für das Theater Junge Generation (TJG) ist. Während es für die Operette eine (zusammen mit der Einrichtung ausgearbeitete) intensive Planung und damit einen entsprechenden Vorlauf gibt, wird das TJG bis jetzt von der Verwaltung sehr stiefmütterlich behandelt. Das darf nicht sein. Das Theater Junge Generation, einer der zentralen Träger von kultureller Bildung, muss einen ihm gebührenden und seinen Bedürfnissen entsprechenden Platz im neuen Kulturkraftwerk Mitte erhalten.

## **Kulturpalast für alle!**

Der Kulturpalast muss zügig saniert und ein Spitzenkonzertsaal von international höchstem Niveau werden. Zusammen mit der Städtischen Zentralbibliothek und der „Herkuleskeule“, die ihren Platz neben dem Konzertsaal finden werden, wird ein neues Kulturzentrum für Jung und Alt, Hochkultur, gehobene Unterhaltung, Kulturelle Bildung und Kleinkunst entstehen – der „wahre Kulti für alle“. Doch auch andere Unterhaltungskunst braucht ein Zuhause und die Stadt ein Veranstaltungskonzept und -management. Das haben wir bereits eingefordert und werden uns nun aktiv um die Umsetzung bemühen.

Europäisches Zentrum für zeitgenössische Künste, Hellerau Fertigstellung des „Arbeitsplatzes“ Hellerau! Um seinem Ruf als europäisches Zentrum für zeitgenössische Künste gerecht zu werden, müssen bei den Aufführungen im Festspielhaus internationale Glanzpunkte gesetzt werden. Hier ist das Haus unter seiner neuen Intendanz auf einem guten Weg, den wir weiter vehement unterstützen. Für ein hellerauspezifisches interdisziplinäres Konzept mit einem Schwerpunkt auf „research“, Werkstatt/Labor – also den „Arbeitsplatz Hellerau“ – sind jedoch Probenräume, Ateliers und Werkstätten unverzichtbar. Hier müssen provisorisch schnellstmöglich entsprechende Räume eingerichtet und dann zügig die Renovierung des Ostflügels mit den geplanten Künstlerwohnungen in Angriff genommen werden!

Die Dresdner Musikfestspiele sind Touristenmagnet und kulturelles Symbol für ein weltoffenes, internationales Dresden. Wir werden sie in ihren Bemühungen, das Festival in der vordersten internationalen Festspielriege zu etablieren, unterstützen.

## **Städtische Museen**

Wir fordern ein Städtisches Museumskonzept, das den Reichtum der Dresdner Museen besser vernetzt. Damit die Museen ihrem Bildungsauftrag nachkommen können, benötigen sie aber Museumspädagogen, und damit sie ihren Bekanntheitsgrad steigern können, Marketingfachleute. Wir werden uns daher für entsprechende zusätzliche Stellen im Museumsbereich einsetzen.

## **Kulturschaffende kreative Förderung**

Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende lassen sich heute nicht mehr in die engen Schubladen der Kulturförderung einordnen. Kreative Projekte dürfen nicht im Bürokratismus ersticken. Die gesamte Stadtverwaltung soll Kulturprojekte ermöglichen und nicht verhindern. Die Stadt muss daher auch endlich die Mittel für Kunst im öffentlichen Raum (1% der Mittel für Hochbaumaßnahmen) bereitstellen.

Dresden braucht die Kreativen! Es ist uns wichtig, die Kreativszene in dieser Stadt zu halten und zu etablieren. Künstler und in der Kreativszene Tätige unterhalten nicht nur Menschen, sondern ziehen mit ihren alternativen Lebensentwürfen und Arbeitsorten auch andere Unternehmungen an. Schon längst befinden wir uns mit Städten in ganz Europa und der ganzen Welt in einem Wettlauf um die kreativen Köpfe. In diesem Wettlauf könnten wir in der Spitzengruppe kämpfen! Zur Förderung der Kulturwirtschaftsszene fordern wir daher auch eine Schnittstelle zwischen Kultur- und Wirtschaftsförderung.

## **Kultur in europäischer Partnerschaft**

Zur Kultur gehört auch die Pflege unserer Partnerschaft mit großen europäischen Kulturstädten wie Florenz, St. Peters-

burg. Hier wollen wir die Kontakte auf allen Ebenen intensivieren. Speziell auch der Austausch mit unseren Nachbarregionen in Tschechien und Polen und mit unserer Partnerstadt Breslau/Wroclaw soll verstärkt werden. Gleichzeitig sollte sich Dresden verstärkt um die Ansiedlung europäischer Institutionen bemühen.

### **Jugendkulturelle Arbeit**

Kulturelle Betätigung und Entfaltung von Jugendlichen ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN integraler Bestandteil der Jugendarbeit. Unstrittig ist, dass kulturelle Bildung die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen mitbestimmt. Kulturelle Bildung gehört zum Kern des Erziehungs- und Bildungsauftrags, den eine Gesellschaft hat, und schafft wesentliche Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit und Integration von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien. Um kulturelle Bildung zu ermöglichen, braucht es Initiativen.

Jugendkulturelle Initiativen brauchen einfache, unbürokratische Unterstützung und keine verwaltungstechnischen Hürden. Projektförderung muss deshalb ämterübergreifend und ohne Bürokratiewahn gestaltet werden.

## **Soziokulturelle Einrichtungen**

Soziokulturelle Einrichtungen sind Orte demokratischer, selbstorganisierter Kulturarbeit. Sie vereinigen unterschiedliche Arbeitsbereiche wie Kunst/Kultur, Jugend, Bildung, Soziales. Sie wirken vor allem in den Stadtteil und sind dadurch oft zentrale Räume für verschiedene Menschen. Gerade in ihrer Vielfalt und Kreativität leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Erfahrung von Kultur für jeden. Soziokultur braucht in Dresden Sicherheit in der Finanzierung. Deshalb muss für Soziokultur mehr Geld zur Verfügung stehen und durch mehrjährige Förderung Sicherheit für die wichtige Arbeit geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund unterstützt BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die 1% Initiative, die sich dafür stark macht, 1 % des Kulturretats für Soziokultur und alternative Kulturprojekte zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mittel zusätzlich in den Kulturhaushalt eingestellt werden.

## **Kulturelle Initiativen**

Kulturelle Aktivitäten entstehen jenseits fester Strukturen und Vereine und mit hohem persönlichen Engagement der Akteure. Für diese braucht es einfache und unbürokratische Fördermittelvergabe, damit Initiative nicht schon im Keim an Verwaltungsbürokratie scheitert. Schnelle, flexible und einfache Förderung bis zu einer Summe von 5.000,- Euro muss in Dresden möglich werden.

## 7. Sport in Dresden

Sport in Dresden heißt leider immer noch zu wenig Förderung für Vereine, geringe Betriebskostenzuschüsse für durch Vereine betriebene Sportanlagen, marode Sportanlagen in Trägerschaft des Eigenbetriebes für Sportstätten und Bäder.

Sportvielfalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden stehen für eine breite Förderung des Sportes. Für uns ist Sport in all seinen verschiedenen Erscheinungsformen zu fördern und zu unterstützen. Für uns sind Breitensport, Leistungssport, Gesundheitssport, Betriebssport und unorganisierter Sport ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Struktur in Dresden.

Sport soll ein Allgemeingut für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb sollen auch vereinsfreie Gruppen und Nichtsport-Vereine Sportanlagen zu den günstigen Konditionen der Sportförderrichtlinie nutzen können.

Sport ist kein Privileg für finanziell besser Gestellte. Vereine sind durch massiv gestiegene Kosten gezwungen, die Qualität der Angebote zu reduzieren oder ihren Mitgliedern höhere Kosten aufzubürden. Deshalb müssen Vereine so gefördert werden, dass alle dran teilnehmen können und ihre Angebote eine hohe Qualität haben.

Eigene Kursangebote der Stadt dürfen nicht zu Kürzungen von Trainingskapazitäten für Sportvereine führen. Das vielfältige städtische Angebot ist mit Vereinen gemeinsam zu erbringen.

Sportanlagen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Sanierung aller Dresdner Sportanlagen ein. Grundsätzlich gilt dabei für uns: Bei der Sanierung oder dem Neubau von Sportanlagen, Schwimmhallen und Bädern sind neben der Barrierefreiheit der Standard des ökologischen Bauens und der Passivhausstandard anzuwenden. Dies hilft nicht nur Energie zu sparen, sondern nutzt auch den Vereinen mit deutlich geringeren Betriebskosten.

Schwimmhallen

Die Kapazitäten der Schwimmhallen in Dresden sind völlig unzureichend. Dabei ist der Erhalt aller Dresdner Frei- und Hallenbäder oberstes Ziel. Der Bau einer zusätzlichen 50m-Halle am Standort des Schwimmsportkomplexes Freiburger Platz ist nur ein erster Anfang. Die von Oberbürgermeisterin Orosz versprochene Sanierung der Halle in Prohlis, der Ersatzneubau in Klotzsche und der Neubau in Striesen sind in keinen Planungen berücksichtigt. Dies muss sich ändern, denn die Hallen werden dringend benötigt.

Die geschlossenen Freibäder in Klotzsche und Bühlau sollen langfristig für eine sportliche Nutzung gesichert bzw. eine Neueröffnung als Bad geprüft werden. Für den Standort Bühlau ist der Bau der Schwimmhalle auf dem Gelände des alten Straßenbahnhofes unverzüglich zu beginnen.

### Schulsporthallen

Für uns ist es inakzeptabel, dass Schulsporthallen massiven Nutzungseinschränkungen unterliegen. Wir setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 16.00Uhr diese Hallen genutzt werden können – egal ob für Vereinssport oder unorganisiert!

Ein weiteres Ziel ist der rasche Ausbau der Bezirkssportanlagen als Zentren für Sport und Freizeit und als Kommunikationspunkt für vereinsgebundene und individuell trainierende Sportler.

Sport neu organisieren

Die Unzufriedenheit der Dresdner Sportvereine mit der Arbeit des Eigenbetriebes Sportstätten und Bäder gibt uns zu denken. Wir möchten den Eigenbetrieb zu einem Dienstleistungsunter-

nehmen für die Vereine und alles, was mit Sport zu tun hat, ausbauen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Folgendes:

Auf Ortsamtebene wird eine regionale Bedarfsanalyse für Sportanlagen durchgeführt. Eine angemessene Bürgerbeteiligung ist hierbei Voraussetzung.

Für den unorganisierten Sportbereich müssen die in den Stadtteilen vorhandenen Defizite jetzt abgebaut werden. Dies sind v.a. die Schaffung weiterer zusätzlicher Fahrrad und geeigneter Skater- und Dauerlaufstrecken. Sportvereine werden bei Kooperationsmöglichkeiten mit Kindergärten, Schulen und Trägern der freien Jugendhilfe unterstützt.

Junge talentierte Leistungssportler sollen gefördert werden. Durch Einbindung der Wirtschaft soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, in ihrer Heimatstadt Dresden zu bleiben.

## 8. Eine gerechte Stadt für alle Generationen

### Gegen Kinderarmut

Die wachsende Kinderarmut ist ein Skandal. Rund 15 % der Dresdner Familien leben unter der Armutsgrenze, das heißt, sie haben ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 % des Einkommensdurchschnitts. Kinder sind davon im besonderen Maße betroffen. Um die Ausgrenzung und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus hilfebedürftigen Familien zu verhindern, müssen für sie neben der Zahlung der Regelleistung auch zusätzliche Leistungen gewährt werden können. Dazu sind fallweise Sachleistungen erforderlich, die der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen dienen. Wir wollen daher die Übernahme der Kosten für Lernmittel und Schulmahlzeiten sowie die Finanzierung von Sportangeboten, Musikschulen und Bibliotheken für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

### Mehr Dresden Pass

Der Dresden-Pass soll in allen Lebensbereichen Teilhabe ermöglichen. Wir wollen ihn zu einem Sozial-, Bildungs- und Kulturticket ausbauen. Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen sollen damit folgende Leistungen in Anspruch nehmen können:

kostenloses Essen in Kindertageseinrichtungen und Schulen erhalten

an Schulfahrten und Freizeiten teilnehmen

in Sportvereinen ohne zusätzliche Kosten aktiv sein

in Musikschulen ein Instrument erlernen und ins Theater gehen

### Existenzsicherung durch Grundsicherung

Dresden ist eine wirtschaftlich dynamische Stadt mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit und hoher Lebensqualität. Erschreckend ist jedoch der hohe Anteil Langzeitarbeitsloser in unserer Stadt. Statt Ausgrenzung wollen wir allen Menschen in der Stadt Zugang zu grundlegenden öffentlichen Gütern ermöglichen – zu guter Bildung, guter Arbeit und zu einem würdigen Auskommen.

Die gerechte Verteilung wichtiger gesellschaftlicher Güter ist Kernbestandteil bündnisgrüner Politik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene für eine Existenzsicherung ein, die keine Bedarfsgemeinschaften mehr kennt, die Altersvorsorge verbessert und den Betroffenen eine bessere Förderung der eigenen Entwicklung gewährt.

Arbeits- und Bildungsbereitschaft motivieren

Die Zahlung der neuen Existenzsicherung soll an Arbeits- und Bildungsbereitschaft anknüpfen, die Handlungsmöglichkeiten jedoch erweitern, z. B. auch in Hinsicht auf den Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses oder gemeinnütziges Engagement.

Menschen etwas abzufordern und ihre Mitarbeit einzufordern, ist nicht gleichzusetzen mit Arbeitszwang, dem Schikanieren von Arbeitslosen und der Pflicht zu sinnloser Beschäftigung, wie es heute vielfältig in den ARGEen geschieht. Es muss Wahlmöglichkeiten geben, und die Selbstsuche und -organisation muss vor „Zuweisung“ gehen. Auch die Gruppe der „neuen Selbständigen“, z.B. aus dem Kultur- und Medienbereich, soll unkompliziert den Zugang zur sozialen Existenzsicherung erlangen können.

### Förderung statt Sanktionierung

Neben dem „Fordern“ gilt es, dass das „Fördern“ endlich ernst genommen und umgesetzt wird. Sanktionen und deren Androhung sollten in den Hintergrund treten und nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Unzureichende Information über die Rechte der Betroffenen, hohe Kosten für Servicetelefonnummern, unzureichendes Fallmanagement sind in der Dresdner ARGE leider an der Tagesordnung. Außerdem leiden Kundinnen und Kunden genauso wie ARGE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter an der zu geringen Personalausstattung und der permanenten Mitarbeiterrotation durch befristete Beschäftigungsverhältnisse.

Wir GRÜNEN fordern, dass die Dresdner ARGE mit genügend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgestattet ist, um dem individuellen Bedarf der Arbeitslosen und ihrer Familien gerecht zu werden.

### Gesellschaftliche Arbeit aufwerten

Wir brauchen mehr Angebote für Arbeitssuchende, die nicht so schnell in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass für Langzeitarbeitslose noch mehr öffentlich finanzierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dabei geht es um ein verlässliches Segment sozialer Beschäftigung, das sich z.B. im Rahmen von Assistenzen in der Pflege, in Kindergärten oder auch bei Hausmeistertätigkeiten realisieren lässt und den Betroffenen gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung vermittelt. Dafür wollen wir GRÜNEN die Chancen des sozialen Arbeitsmarktes besser nutzen als bisher.

### Wohnen – Kosten der Unterkunft anpassen

ARGE-Kundinnen und Kunden werden bei zu hohen Wohnkosten zu Umzügen gezwungen, aber Genossenschaftsanteile werden von der ARGE nicht übernommen. Dies macht den Zugang zu einer angemessenen und menschenwürdigen Wohnung noch ungerechter und schwieriger. Für Alleinstehende oder Zwei-Personen-Haushalte wird es immer beschwerlicher, eine angemessene Wohnung zu finden. Für Familien mit Kindern entstehen schwierige Lebenssituationen, weil ein Umzug oftmals mit einem Wechsel des sozialen Umfeldes verbunden ist. Wir wollen, dass die Stadt ihre Möglichkeiten zugunsten der Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger ausschöpft. Die Kosten der Unterkunft müssen außerdem laufend an Kostensteigerungen angepasst werden. Bei der Festlegung „angemessener“ Kosten sind vor allem individuelle Aspekte einzubeziehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sogenannte „Härtefallrichtlinie“, die Ausnahmen vom „Regelsatz“ beschreibt, weiterentwickelt und angepasst wird.

### Arbeitslosenvertreterinnen und -vertreter als fachkundige Bürger einbeziehen

Die ARGE darf Antragstellerinnen und -antragsteller nicht schikanieren, sondern muss sie unterstützen. Betroffene müssen im ARGE-Beirat Sitz und Stimme erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dresden werden sich für die Wiedereinführung des Arbeitslosenbeirats einsetzen, der unter der CDU-Stadtratsmehrheit abgeschafft wurde.

### Wohnen für alle

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass bezahlbares Wohnungen besonders für arme und alten Menschen sowie für Familien zunehmend fehlt. Bereits jetzt gibt es im Segment kostengünstiger Wohnungen ebenso Mangel wie beim Wohnraum für

größere Familien. Den Erwerb von Wohneigentum können sich nur wenige leisten.

Da die Stadt Dresden durch den Woba-Verkauf Gestaltungsspielraum verloren hat, muss sie nun mit dem Erwerb neuer Grundstücke für künftigen sozialen Wohnungsbau vorsorgen. Wir GRÜNEN fordern, dass dafür ein Vorsorgefonds Wohnen eingerichtet und nicht gewartet wird, bis die Probleme richtig schmerzhaft werden.

Im Rahmen eines städtischen Wohnkonzeptes wollen wir unter Einbeziehung von Initiativen, Planern und Betroffenen sowie von Wohngenossenschaften und anderen Eigentümern Lösungen für preiswertes, barrierefreies, familien- und altersgerechtes Wohnen suchen. Die Stadt braucht neue Wohnformen, wie Mehrgenerationenwohnen oder Wohngemeinschaften, gerade für alte Menschen und Menschen mit Behinderungen. Besonders unterstützen wir dabei Initiativen zur Selbsthilfe, wie z. B. Baugemeinschaften. Wir befürworten aber auch eine Wohnberatungsstelle, die über verschiedene Wohnmöglichkeiten im Alter informiert. Diese Stelle könnte der neu zu schaffenden Stabsstelle Seniorenbeauftragte zugeordnet werden.

Die ansteigenden Nebenkosten können perspektivisch durch energetische Sanierung und Einsatz erneuerbarer Energien gering gehalten werden.

Die Stadt benötigt darüber hinaus ausreichend Projekte für Menschen, die aus der Obdachlosigkeit kommen.

## **Gesundheitsvorsorge**

Eine gesunde Umwelt und eine gute Versorgung im Krankheitsfall dürfen kein Privileg für Wohlhabende sein! Kranke Menschen bedürfen des besonderen Schutzes der Gemeinschaft. Um dies zu ermöglichen, wollen wir: keine Privatisierung der städtischen Krankenhäuser Weiterentwicklung der Krankenhäuser zu städtischen Eigenbetrieben mit einem vorbildlichen medizinischen Konzept gute Verzahnung der Krankenhäuser mit hochwertigen ambulanten Angeboten lebensnahe und niederschwellige Betreuungsangebote besonders für suchtkranke und psychisch kranke Menschen zügige Sanierung der Lärmstraßen und Geschwindigkeitsbegrenzungen, um gesundheitsschädlichen Lärm einzudämmen Umsetzung eines wirksamen Luftreinhalteplans zur Begrenzung von Feinstaub

## **Sucht und Drogen**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt eine erfolgreiche Suchtpolitik bei Prävention an: Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig lernen, mit Herausforderungen und Problemen umzugehen, um unverantwortlichen Drogen- und Alkoholkonsum nicht als Ausweg zu begreifen. Dabei müssen besonders Kindertageseinrichtungen, Schulen und Träger von außerschulischen Angeboten in die Pflicht genommen werden. Ergänzend dazu setzen wir uns für mobile Präventionsangebote vor Diskotheken und an Treffpunkten von Jugendlichen ein. Begleitend zu verbesserten Präventionsangeboten muss aber auch die Suchtkrankenhilfe in Dresden gestärkt werden. Daher wollen wir:

Suchtberatungsstellen auch zukünftig bedarfsgerecht ausstatten: Der finanzielle Anteil der Kommune muss sichergestellt werden, um wohnortnahe Beratung und Hilfe zu gewährleisten

Möglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Suchtberatungsstellen, sich regelmäßig weiterzubilden, um auch Beratungen zu neuen Süchten wie z.B. Onlinesucht

durchführen zu können

die Schaffung ausreichender Arbeitsmöglichkeiten für suchtkranke Männer und Frauen zur Wiedereingliederung nach dem Entzug

eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ARGE und Suchtberatungsstellen, um ein individuelles Fallmanagement zu ermöglichen

## **Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderungen haben Rechte und sollen diese jederzeit und uneingeschränkt wahrnehmen können. Ihnen ist ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, frei von Diskriminierung und Bittstellerei. Kommunen müssen ihren Beitrag leisten, um dies gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen und der Gesellschaft umzusetzen. Die gesellschaftliche Teilhabe ist nicht zuletzt im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als Menschenrecht verankert worden. Daher müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und bestehende Hürden abgebaut werden. Das bedeutet für uns:

barrierefreier Zugang und Nutzbarkeit von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, aber auch von Verkehrswegen und Wohnsiedlungen für alle Menschen mit Behinderungen zu sichern – und dies nicht nur rollstuhlgerecht

private Immobilienbesitzerinnen und -besitzer anregen und unterstützen, bestehende Barrieren in ihren Gebäuden abzubauen

bedarfsgerechte Förderung von Beratungs- und Begegnungsangeboten sowie Selbsthilfegruppen insbesondere von Frauen mit Behinderungen

Entwicklung von Leitlinien der Behindertenarbeit, die sich am UN- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen orientieren

Beibehaltung der Qualität und Quantität bei den ambulanten mobilen Diensten und beim Schwerbehindertenfahrdienst Ausbau von ambulanten Unterstützungs- und Assistenzangeboten für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, auch unter dem Aspekt der Schaffung alternativer Wohnmöglichkeiten mit adäquater Unterstützung

Ausbau der integrativen Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der schulischen Bildung

Möglichkeiten der Mitbestimmung für Menschen mit Behinderung beschreiben, sie ihnen nahe bringen und diese ermutigen, Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nutzen. Die Kompetenzen des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen wollen wir stärken.

Assistenzen wie Dolmetscher für Gebärdensprache sind bei allen öffentlichen Einrichtungen und Behörden kostenlos bereitzustellen

## **Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Grundpfeiler für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft. Nur durch die gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern wie Bildung und Arbeit sowie an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen können Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt und Nachteile ausgeglichen werden – das gilt für Männer genauso wie für Frauen. Daher setzen wir uns dafür ein, Frauen und Männer zu fördern und, wo nötig, Benachteiligungen durch gezielte Maßnahmen entgegenzuwirken, sei es durch unser Engagement für mehr Frauen in Führungspositionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik oder gegen Bildungsnachteile von Jungen.

Die Gleichstellung der Geschlechter bedeutet auch eine bessere Lebensqualität für Männer und Frauen, denn sie eröffnet Frauen und Männern mehr Freiräume im gesellschaftlichen und im privaten Leben. Nur auf diese Weise können die Potenziale aller Männer und Frauen in Dresden für die Stadt entwickelt werden und unser Leben bereichern. Und Dresden braucht die Kreativität, das Engagement und die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Daher fordern wir: geschlechtergerechte Ausrichtung von Bildungsangeboten besonders für Kita und Grundschule, spezifische Angebote der Weiterbildung für ErzieherInnen und LehrerInnen, in der Kultur und in der Soziokultur  
breitere Berufswahlmöglichkeiten schaffen: Ausbau des Girls' und des Boys' Day zur Unterstützung einer weniger geschlechtsspezifischen Berufswahl in der Stadt sowie politischen Einsatz für bessere Bezahlung in solchen Berufen, in denen traditionell mehr Frauen arbeiten  
Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfachen: Chancen beim Wiedereinstieg nach Auszeiten für Familie verbessern, Wiedereingliederungs- und Förderpolitik in der ARGE umgestalten  
Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern: ausreichende und qualitativ hochwertige Angebote zur Betreuung und Bildung von Kindern ab einem Jahr schaffen, ein familienfreundliches Klima in Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen schaffen  
keine sexistische Werbung: Einsatz für Verbote sexistischer Werbung bei Neuverhandlung von Verträgen für Außenwerbung

### **Selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe im Alter**

25% der Dresdner Bevölkerung sind heute über 60 Jahre alt, 2030 werden es 33 % sein. Die Zahl der auf Unterstützung und Pflege angewiesenen Hochbetagten wächst schon jetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Solidarität zwischen Alt und Jung ein, die sich den Herausforderungen durch demografischen Wandel und zunehmende Altersarmut stellt. Wir GRÜNEN treten für die selbstbestimmte Lebensgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ein. Wir wollen Seniorinnen und Senioren als Akteure in der Zivilgesellschaft stärken. Für ältere Menschen stellt sich die Frage nach der eigenen Lebensgestaltung und der gesellschaftlichen Rolle für das dritte Lebensalter heute anders als früher. Weniger junge Menschen müssen mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens finden.

Teilhabe-, Informations- und Einflussmöglichkeiten bis ins hohe Alter sollen sich in vielfachen Einrichtungen und Projekten widerspiegeln. Die bündnisgrüne Fraktion im Dresdner Stadtrat hat zwischen 2004 und 2009 verschiedene Anträge zur Verbesserung der Pflegesituation in den städtischen Pflegeeinrichtungen bzw. zur Unterzeichnung der Pflegecharta gestellt und war damit Impulsgeber für eine qualitativ hochwertige Betreuung. Unser Vorschlag, eine unabhängige Pflegebeschwerdestelle einzurichten, wurde von der alten Stadtratsmehrheit abgelehnt. Wir werden diese Ziele auch in der kommenden Wahlperiode weiter verfolgen. Aber auch die allerletzten Wege im Leben sollen in Würde gegangen werden. Den Hospizgedanken möchten wir deshalb stärken und in der Gesellschaft verankern.

Dresdner Seniorenpolitik muss - am besten konkret durch Seniorenvertretungen auf Ortsamtsebene – die nötige Infrastruktur für Alt und Jung in den Stadtteilen schaffen, um Angebote und Zugangsformen zielgruppenspezifisch zu entwickeln, aber auch, um zunehmender Altersarmut und ihren Begleiterscheinungen frühzeitig zu begegnen. Seniorenvertre-

tungen sollten mit einem eigenen Budget ausgestattet sein, um unkompliziert Ideen umsetzen zu können. Der Dresdner Seniorenbeirat muss in seinen politischen Kompetenzen deutlich gestärkt werden.

Um Menschen auch im Alter so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, brauchen wir in Dresden mehr innenstadtnahe Wohnstandorte mit anziehenden Naherholungsmöglichkeiten und neue Wohnformen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften für Ältere und für Pflegebedürftige.

Mehr als bisher muss der kommende Bedarf gründlich analysiert werden, um rechtzeitig bedarfsgerechte und bezahlbare Angebote wie variable Wohnungsgrundrisse, kleinere Wohnungen, Häuser mit Pflegedienststellen und Gemeinschaftsangeboten bereitzuhalten.

Zur Gesunderhaltung setzen wir uns für gute Bedingungen seniorengerechter körperlicher Aktivität ein. Das jetzige Defizit an Sportstätten und Bädern muss abgebaut werden. Ein dichtes Netz leicht nutzbarer öffentlicher Verkehrsmittel, kurze Distanzen auf guten Fußwegen, angenehme Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, wohnortnahe Angebote der Gesundheitsversorgung sind für Alt und Jung gleichermaßen wünschenswert. Da unsere Stadt in Zukunft viel stärker als bisher überwärmt sein wird und hierunter besonders alte Menschen leiden, fordern wir, dass die Einrichtung eines Warn- und Betreuungssystems, vergleichbar den französischen Städten, geprüft wird.

Wir wollen, dass in Dresden die Lebensleistung der Seniorinnen und Senioren anerkannt und ihre Erfahrung genutzt wird. Gleichzeitig müssen Bildungsangebote lebenslanges Lernen bereithalten. Wichtig dabei sind Bibliotheken, Kurse, Kinos und Theater, die sich auf die Bedürfnisse Älterer einstellen. Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierte Seniorenkalender, seit 2007 Teil des Dresdner Amtsblatts, bietet dafür eine Fülle von Anregungen. Seniorenbegegnungstätten, für deren Erhalt wir seit Jahren kämpfen, sollen Vereinsamung entgegentreten und lebendiger Treffpunkt sein. Unsere Forderung ist eine Stabsstelle Seniorenbeauftragte im Rathaus, die sich um die Belange der Seniorinnen und Senioren kümmert, ihre Anregungen bündelt, koordiniert und in die politischen und gesellschaftlichen Gremien trägt. Die Generation 60 + braucht auch in der Verwaltung eine starke Stimme.

## 9. Dresdens Leitbild: Weltoffenheit und Vielfalt

### **Vielfalt achten, Integration gestalten**

Integration findet in der Kommune statt. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft und hier müssen die Regeln des Zusammenlebens verhandelt und gestaltet werden. Damit dies gelingt, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die politische Mitwirkung und Selbstvertretung von Migrantinnen und Migranten stärken. Dazu wollen wir Vereinen, die sich in der Beratung und Unterstützung von Zuwanderinnen und Zuwanderern engagieren, finanzielle Sicherheit bieten.

Dresdner Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund, von denen viele Restaurants, Imbisse und Lebensmittelgeschäfte betreiben, gehören heute selbstverständlich zum Stadtbild. Sie müssen als Zielgruppe von Gründungsberatungen und Angeboten für Selbstständige erkannt und gefördert werden.

Durch die Initiative vieler engagierter Dresdner Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund erhalten Asylsuchende in unserer Stadt nicht mehr überbezahlte und bevormundende Essenspakete, sondern Bargeld, um selbst einkaufen zu gehen. Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Heimen auf engstem Raum und ständiger Kontrolle bleibt jedoch ein Skandal. Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass die Heime geschlossen werden und Asylsuchende in Wohnungen wohnen können.

### **Schwulen und Lesben**

Schwule und Lesben sehen sich auch in Dresden Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine aktive Antidiskriminierungspolitik, um Gewalt und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Vereinen und Verbänden, die sich für die Rechte von schwulen, lesbischen und transsexuellen Menschen einsetzen, gehört unsere Unterstützung. Wir wollen eine Antidiskriminierungsstelle im Rathaus einrichten, die solche Fälle dokumentiert und aufklärt. Mit der neuen Verordnung zu Gebühren von Verpartnerungen, die auf Landesebene von CDU und SPD beschlossen wurde, können die Städte und Gemeinden jetzt unterschiedliche Gebühren für Eheschließungen und Verpartnerungen erheben. Mit uns wird die eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mehr kosten als eine Ehe.

### **Rechtsextremismus entgegnetreten**

Für Vielfalt eintreten heißt auch, Rechtsextremismus und Diskriminierung überall dort, wo sie auftreten, die Stirn zu bieten. Wir wollen Initiativen und Vereine, die sich um die Stärkung demokratischer Strukturen bemühen, fördern und unterstützen und setzen uns dafür ein, dass die Stadt sich aktiv in das Bündnis „Dresden für Demokratie“ einbringt. Wir werden auch in den kommenden 5 Jahren nicht in unseren Bemühungen nachlassen, den rechtsextremen Demonstrationen rund um den 13. Februar ein Ende zu setzen. Dafür braucht es ein starkes bürgerschaftliches Engagement genauso wie eine beherrschte Stadtverwaltung. Um Nazis aus der Stadt zu vertreiben, wie in Wunsiedel und Halbe gelungen, braucht es die Zusammenarbeit aller Demokratinnen und Demokraten. Wir wollen nicht zulassen, dass Nazis Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Luftangriffe auf Dresden für sich instrumentalisieren. Im äußersten Fall (z.B. auf dem Heidefriedhof) muss ein deutlicher Trennungstrich gezogen werden. Ein gemeinsames Gedenken mit Nazis kommt für uns nicht in Frage.

## 10. Bürgerbeteiligung und Datenschutz

In den letzten Jahren haben die Rechte und die Mitbestimmung der Dresdnerinnen und Dresdner zahlreiche Rückschläge erfahren müssen. Das Verhindern des Bürgerbegehrens zum Bau eines Tunnels anstelle der Waldschlößchenbrücke sowie die Zensur der Übertragung von Stadtratsitzungen durch die neue Oberbürgermeisterin haben deutlich gemacht, dass es der CDU vielmehr um das Durchsetzen ihres eigenen Willens als um eine wirkliche Bürgerbeteiligung und demokratische Mitbestimmung in Dresden geht.

Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren vermehrt auf den Einsatz von Videoüberwachung in der Kriminalitätsbekämpfung gesetzt. Immer zahlreicher wurden dabei öffentliche Räume mit Kameras ausgestattet. In Dresden sind bereits die Prager Straße, der Hauptbahnhof und der Neustädter Bahnhof, zahlreiche Geschäfte und auch die Alaunstraße in der Neustadt mit Videokameras ausgestattet. Auch der geplante Handel der Dresdner Verwaltung mit den Meldedaten ihrer Bürgerinnen und Bürger hat deutlich gemacht, dass es um den Datenschutz in Dresden schlecht steht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen der Demokratie in Dresden einen neuen Schub verleihen. Eine echte und wirksame Beteiligung muss den Bürgerinnen und Bürgern das Recht geben, sich in alle Angelegenheiten der Stadt einzumischen, informiert zu werden und ihre Meinungen rechtzeitig abzugeben, so dass sie noch in die Entscheidungen einfließen können. Soweit möglich, gelten die Rechte der Bürgerbeteiligung auch für Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, sowie für Kinder und Jugendliche.

Dem Datenschutz muss eine stärkere Rolle in Dresden zugeschrieben werden. Gehandelt werden muss im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und nicht im Interesse eines präventiven Überwachungsstaates.

### **Einführung der Ortschaftsverfassung**

Wir treten für die Einführung der Ortschaftsverfassung in allen Ortsamtsbereichen ein. Nur so kann der unhaltbare Zustand unterschiedlicher Mitwirkungsrechte der Dresdner Bürgerinnen und Bürger beendet werden. So können etwa Bürger in Ortschaften ein Bürgerbegehren für die Ortschaft einleiten, Bürger in Ortsamtsbereichen aber nicht.

Die Ortschaftsverfassung ist für uns kein Auslaufmodell für eingemeindete Stadtteile, sondern Ansatz für ein echtes Miteinander von demokratisch gewählten Stadtteilvertretungen und Stadtrat. Wir wollen die örtlichen Bürgerververtretungen so stärken, dass sie möglichst viele eigene Angelegenheiten selbst entscheiden können. So erhalten Sozial- und Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen einen handlungsfähigen Ansprechpartner vor Ort.

Wir wollen die Rechte der Ortschaften so erweitern, dass Stadtrat und Verwaltung nicht mehr Entscheidungen ohne Wissen und über die Köpfe der Ortschaften fällen können. Daher treten wir für ein Widerspruchsrecht des Ortschaftsrats ein, der nur mit einem erneuten Beschluss des Stadtrats aufgehoben werden kann. Auf diese Weise muss die Verwaltung den örtlichen Willen beachten, ohne dass eine Ortschaft eine Entscheidung im Interesse der gesamten Stadt blockieren kann. Solange die Ortschaftsverfassung in Dresden nicht eingeführt werden kann, treten wir für eine Stärkung der Ortsbeiräte ein, etwa durch das Recht auf Selbstbefassung oder eigene Etats für lokale Projekte. Wir fordern, dass ein Ortsamtsleiter für jeden Ortsamtsbereich zur Verfügung stehen muss.

## **Verbindliche Bürgerbeteiligung**

Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern mehr Rechte geben, die es ihnen ermöglichen, sich jenseits von Wahlen und Bürgerbegehren wirksam an der politischen Willensbildung in Dresden zu beteiligen. Wir schlagen daher die Einführung einer Bürgerbeteiligungssatzung vor, die eine Mitwirkung der Bürger unabhängig vom guten Willen der Verwaltung oder des Stadtrats erlaubt.

Die Bürger sollen verbindliche und einklagbare Rechte auf Informationen zu bestimmten Angelegenheiten, die sie interessieren, erhalten. Zudem sollen sie ihren Willen in Empfehlungen an den Stadtrat ausdrücken können. Bürgerempfehlungen können durch Bürgerversammlungen, Mediationen, Bürgerwerkstätten oder in einem Bürgerhaushaltsverfahren abgegeben werden.

Haben für eine bestimmtes Teilnahmeverfahren eine bestimmte Anzahl von BürgerInnen unterschrieben, wird die Entscheidung des Stadtrats oder der Verwaltung für vier Monate ausgesetzt, um ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen. Der Stadtrat hat über eine Bürgerempfehlung in öffentlicher Sitzung zu entscheiden. Auf diese Weise bleiben die Entscheidungsrechte des Stadtrats und der Oberbürgermeisterin gewahrt.

Voraussetzung für Mitbestimmung ist der Zugang zu Informationen. Folgende Verbesserungen im Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger wollen wir umsetzen:

Auf der Webseite der Stadt Dresden werden Beschlüsse, Vorlagen und Anträge des Stadtrates regelmäßig veröffentlicht und verfügbar gemacht.

Auch Informationen über die Arbeit seiner Ausschüsse werden regelmäßig veröffentlicht.

Stadtratssitzungen sollen zukünftig live und ohne Kürzungen und Zensuren im Internet verfügbar gemacht werden.

Jeder soll das Recht erhalten, sich mit seinen Fragen an die Oberbürgermeisterin zu wenden.

Im Stadtrat und in den Ortschaftsräten soll eine Bürgerfragestunde eingeführt werden.

Vor Bürgerentscheiden muss durch eine Broschüre ausgewogen informiert werden.

Alle Einwohner sollen eine Bürgerinformationsversammlung erreichen können, in der sie eine allgemeinverständliche Zusammenfassung von Planungen erhalten und in denen die Oberbürgermeisterin oder die Beigeordneten persönlich Rede und Antwort stehen.

## **Videoüberwachung**

Die tatsächliche Wirksamkeit der Videoüberwachung als Überwachungsmaßnahme bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. So stehen am Beispiel der Alaunstraße Kosten von 87.000 Euro für Anschaffung der Kameras plus laufende Kosten von fast 10.000 Euro pro Jahr und eine halbjährige Überwachung einem lediglich geringen Straftaten-Rückgang gegenüber.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Videoüberwachung ab. Durch die Videoüberwachung wird der öffentliche Raum und damit das Persönlichkeitsrecht der einzelnen BürgerInnen eklatant eingeschränkt. Straftaten werden nicht merklich reduziert. Videoüberwachung dokumentiert bloß Kriminalität und Konfliktsituationen im öffentlichen Raum statt sie zu verhindern. Sie führt dazu, dass Straftaten in andere, nicht überwachte Straßenzüge verdrängt werden.

Wirksame Kriminalitätsprävention kann nicht durch Kameras, sondern muss durch eine im öffentlichen Raum präsent, ansprechbare und bürgernahe Polizei gewährleistet werden. Wir wenden uns auch dagegen, dass eine Straße oder ein

Stadtteil lediglich als „Kriminalitätsschwerpunkt“ wahrgenommen wird. Die Konfliktsituationen in der Alaunstraße resultieren aus den Schwachpunkten der Jugendsozialarbeit im gesamten Stadtgebiet. Auf diesem Gebiet müssen Lösungsansätze gesucht werden, statt dass auf lokale Überwachung gesetzt wird. Planerische Maßnahmen können vor Ort dazu beitragen, Konfliktsituationen zumindest zu entschärfen.

## **Handel mit Meldedaten**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich explizit gegen einen Handel mit personenbezogenen Daten aus. Den meisten Bürgerinnen und Bürgern ist nicht einmal bewusst, dass ihre Daten überhaupt weitergegeben werden dürfen. Ein solcher Handel ist nicht nur ein Eingriff in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch moralisch nicht vertretbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Handel mit Meldedaten grundsätzlich verboten wird, statt die Weitergabe ihrer Daten zu untersagen, Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, eine Weitergabe ihrer Daten schriftlich zu genehmigen, eine solche Genehmigung soll zeitlich befristet sein und eine Höchstdauer von 24 Monaten nicht überschreiten dürfen.

# 11. Verwaltungsmodernisierung: Rathaus zum Dienstleistungsbetrieb machen

Derzeit wird das Rathaus von den Bürgerinnen und Bürgern viel zu sehr wie eine Burg erlebt, aus der „von oben herab“ Ergebnisse verkündet werden und dessen Entscheidungsträger sich bei vielen Anlässen mit schönen Fotos repräsentieren. Es fehlt jedoch generell an Transparenz der Entscheidungen und vor allem an Angeboten für die Menschen. So ist es immer noch unmöglich, dass Vorlagen und Beschlüsse des Stadtrates im Internet abgerufen werden können. Oft erleben sich Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kritik und ihren Fragen als Störfaktoren gegenüber der Verwaltung, obwohl sie deren eigentliche Auftrag- und Geldgeber sind.

Wir wollen, dass sich die Stadtverwaltung der Zukunft als Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger versteht. Bürgerfreundlichkeit muss selbstverständlich werden. Dann wird sie die Menschen ebenso zum Engagement motivieren wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dresden.

## Motivierte und gut ausgebildete städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Bürgerorientierung und Leistungsfähigkeit von Stadtverwaltung und städtischen Betrieben steht und fällt mit der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese sind derzeit oft nicht genügend in die Entscheidungen einbezogen; Deshalb wollen wir die Erarbeitung eines seit Jahren fehlenden Personalentwicklungskonzeptes vorantreiben.

Zudem sollen städtische Unternehmen und die Verwaltung als vorbildliche Arbeitgeber handeln. Wir wollen deshalb bessere Investitionen in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sowie gute Arbeitsmöglichkeiten für Teilzeitarbeiterinnen und Teilzeitarbeiter schaffen.

## Mehr Frauen in Führungspositionen

Leider haben auch innerhalb der Stadtverwaltung Frauen und Männer noch nicht die gleichen Möglichkeiten. Es fehlt vor allem an Frauen in Führungspositionen.

Daher wollen wir Frauen besonders ermutigen, sich für diese zu bewerben und zudem Männer ermutigen, Elternzeit länger als die zwei Mindestmonate in Anspruch zu nehmen.

Soziale Kompetenzen und Familienkompetenz müssen als Qualifikationskriterium für Personalentscheidungen gefördert werden. Außerdem wollen wir, dass für Kindergärten und Horte mehr Männer eingestellt werden.

## Die Stadt als Dienstleister

Die städtische Verwaltung muss wieder mehr als Dienstleister und Partner für die Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden. Die Informationen zu Ratsitzung und städtischen Entscheidungen müssen leicht zugänglich sein, Verwaltungsvorgänge und Kostenkalkulationen transparenter dargestellt und Synergieeffekte zwischen den einzelnen Behörden geschaffen werden.

Deshalb werden wir für folgende Forderungen innerhalb der

nächsten 5 Jahre eintreten:

- leicht zugängliche Informationen über Kalkulationen für öffentliche Gebühren wie Straßenausbau u. ä. sowie eine Abrechnung der tatsächlichen Kosten, die im Internet transparent gemacht werden
- ein virtuelles Rathaus für Kinder und Jugendliche (Jugendrathaus), in dem die nächste Generation mit guten Angeboten und Rückkopplungsmöglichkeiten über das Geschehen in Stadt und Stadtteil informiert wird
- Erweiterung und Verbesserung der Angebote in den Bürgerbüros, insbesondere von Antragstellungsmöglichkeiten für alle Arten sozialer Leistungen vom Erziehungsgeld bis zum Wohngeld
- gezielte Informationsangebote in einfacher Sprache und barrierefreier Form

## Entbürokratisierung

Die Bürokratie ist weiterhin ein großes Hindernis für soziales und wirtschaftliches Engagement. Lange Verwaltungswege und komplizierte Zuständigkeitsverteilungen innerhalb von Behörden führen zu einem immer größeren Verdruss über die städtischen Verwaltungsstrukturen in Dresden. Wir setzen uns daher für eine Entschlackung der Verwaltung und eine Vereinfachung der Antragsverfahren, insbesondere im Sozialbereich, ein. Ferner muss geprüft werden, inwieweit Behördenstrukturen verschlankt und Synergieeffekte dadurch geschaffen werden können, dass einzelne Behörden und Ämter unter einem Dach zusammengefasst werden.

Dafür werden wir konkret eintreten:

Transparenz der inneren Kostenrechnung der Stadtverwaltung, Vermeidung von Doppelkosten und Parallelverfahren durch effektive innere Organisation der Stadtverwaltung (Schaffung von ämterübergreifenden Strukturen, insbesondere zur Steuerung für Verfahren im sozialen Bereich)

Prüfung der Fusion von Stadtkasse und -kämmerei sowie Jugend und Sozialamt.

## DESHALB BRAUCHT DRESDEN MEHR GRÜN !